

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 59

Dezember

IV/2012

DIE LINKE.



Netzausbau für das 23. Jahrhundert?

Plan-B-Konferenz

Kein Wald den Spekulanten

Pufferspeicher für Solarstromanlagen

Schwerpunktthema: Energiewende

Editorial

„DIE LINKE sieht den Sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern an.“ heißt es im Parteiprogramm. Die Bundestagsfraktion hat nun mit ihrem **Plan B** und der Konferenz am 26. und 27. Oktober versucht, diese Aufgabe zu untersetzen. Dass es über die Konferenz je nach Standpunkt und Erwartungshaltung unterschiedliche Meinungen (Seite 4+5) gibt, ist normal. Traditionell vertritt die Ökologische Plattform innerhalb der LINKEN eher radikalere ökologische Positionen. Daher stehen für uns die Fragen: „Reicht das schon?“ und „Was können wir jetzt noch tun?“ im Mittelpunkt.

Uns geht es jetzt darum, den Plan B mit konkreten Schritten in die Praxis umzusetzen.

Obwohl für den Plan B vier Leitprojekte ausgewählt wurden, legen wir in diesem Heft den Schwerpunkt auf die Energiewende, da diese alle Bereiche der Wirtschaft direkt betrifft, in ihr die Demokratisierung der Wirtschaft augenfällig ist und weil soziale Probleme der Umgestaltung („Strompreis“) zur Zeit breit diskutiert werden – nicht zuletzt, um die Energiewende zu Fall zu bringen. Daher konzentrieren wir uns zunächst auf die Stromerzeugung und -verteilung, obwohl der Stromverbrauch nur etwa 25% des Endenergieverbrauches beträgt. Ca. 30% der Endenergie werden für „Raumwärme“ benötigt – es ist ein Trauerspiel, wie die Bundesregierung die Förderung der Gebäudesanierung zusammengestrichen hat!

Von der Regierung und den Medien wird uns Glauben gemacht, die Energiewende sei nur mit Hilfe von Offshore-Windkraftanlagen zu meistern. Als

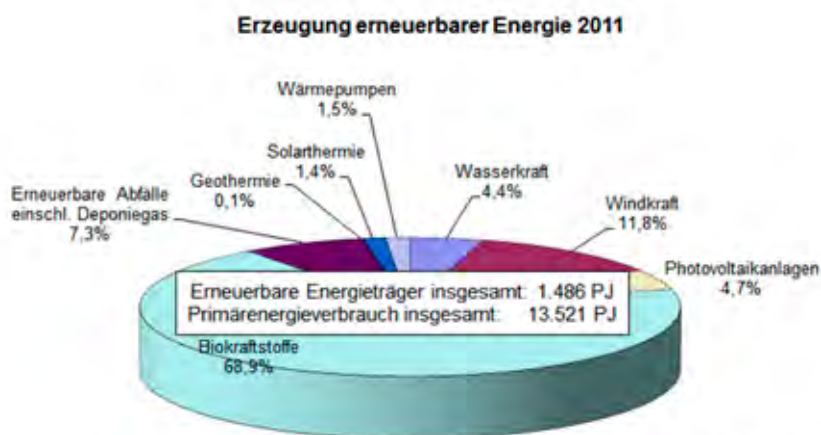
Grund wird das sehr stabile Windangebot auf See angegeben. Dabei wird aber verschwiegen, dass es vor allem im Interesse großer Konzerne ist, die zentralen Strukturen der Energieversorgung nicht anzutasten. Problem ist nur, dass die Stromtrassen nicht ausreichen, große Strommengen von der Küste in den Süden der Republik zu leiten. Daher entstehen zwar Offshore-Windparks, aber die Erbauer können ihren Strom nicht abgeben (und haben keinen Profit). Die typisch kapitalistische Antwort auf das Problem lautet: „Stromkunden haben das unternehmerische Risiko der Windparkerbauer zu zahlen.“ Alternativen spielen keine Rolle („Netzausbau für das 23. Jahrhundert?“).

Für die oft angegriffene Fotovoltaik, obwohl diese nur mit 5% zu den erneuerbaren bzw. 0,5% zur Gesamtzeugung beiträgt, zeigt Wolf v. Fabeck, wie sich durch dezentrale Pufferspeicher der Anteil der Fotovoltaik steigern lässt („Pufferspeicher für Solarstromanlagen – eine energietechnische Notwendigkeit“). Auf diesem Weg werden auch wirklich intelligente Stromnetze möglich, in denen die Erzeugeranlagen je nach Energiebedarf und -aufkommen Strom in das Netz abgeben oder lokal speichern.

Größere Projekte verlangen Investitionen in Höhen, die Einzelne nicht allein leisten können. Hier kommen Gemeinschaftsprojekte und Energiegenossenschaften ins Spiel (S. 19). Sie haben sie nicht nur eine lange Tradition, sondern auch ein großes Potential für die Energiewende.

Viel Spaß beim Lesen

Die Redaktion



Quelle: AGEB „Auswertungstabellen“ Stand 29.09.2012

Editorial	2
In eigener Sache	4
Autorenangaben	4
Plan-B-Konferenz	
Aus der KoRat- Beratung	5
Arbeitsgruppe Industrie	6
Agrar-Workshop	6
Aus den Ländern	
Die seltsame Energiewendelogik des Herrn Hattaka	7
Kein Wald den Spekulanten	10
ATTAC Tourismuskonzept - sozial und ökologisch	11
Schwerpunktthema: Energiewende	
Netzausbau für das 23. Jahrhundert?	13
Pufferspeicher für Solarstromanlagen – eine energietechnische Notwendigkeit	17
Energiegenossenschaften	19
Ein Ökodorf in Kolumbien	20
International	
Bedrohte Natur Irans	21
Gedicht	24
Bücherecke	
Die Natur schlägt zurück. Antibiotikamißbrauch	25
Grüner Sozialismus	26
2052 - Eine globale Prognose.	
Der neue Bericht an den Club of Rome von Jørgen Randers	28
Neue „Beiträge zur Umweltpolitik“	
Sozial-ökologischer Umbau - sofort und konkret	29
„Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe	30
Impressum	30
Kontaktadressen	31

„Buen vivir“, was ist das?

Das Konzept „Buen vivir“ wurde in den neuen Verfassungen von Ecuador (2008) und Bolivien (2009) verankert. Der Begriff stammt aus der falschen Übersetzung für den Ausdruck „sumak kawsay“ aus der Quichua-Sprache (Ecuador) oder für „suma qamana“ aus der Aymara-Sprache (Bolivien) in die spanische Sprache. Es geht um mehr als „gutes Leben“, nämlich um „gemeinschaftliches Zusammenleben auf niemandes Kosten“, um das solidarische Zusammenleben der Völker miteinander und mit der Natur, also um „Buen convivir“, wie die richtige Übersetzung lauten müsste. Es geht also nicht darum, immer besser leben zu wollen, sondern um eine solidarische, soziale und ökologische Ökonomie ohne Wachstum.

Arbeitsplan der Ökologischen Plattform - 2013

Die Ökologische Plattform möchte mit ihrer Arbeit im Jahre 2013 auch einen Beitrag zum Wiedereinzug der LINKEN mit einer starken Fraktion in den Bundestag leisten. In ihren Gliederungen in Landes- und Kreisverbänden wird sie mit ihren Kräften und Mitteln durch verschiedene Formen der Informationsarbeit die sozial-ökologischen Positionen der LINKEN und der Plattform propagieren. Sie kann dafür insbesondere das Parteiprogramm, das vorliegende Material der Plattform (vor allem Faltblätter – siehe Themenliste: http://www.oekologische-plattform.de/?page_id=128) sowie die Materialien der Konferenz der Fraktion zum Plan B – „Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“ nutzen.

1. Der Sprecherrat wird sich in Zusammenarbeit mit der BAG Umwelt, Energie, Verkehr (UVE) und der Bundestagsfraktion an der Erarbeitung des Entwurfs des Parteivorstandes für ein Wahlprogramm der LINKEN beteiligen.

Der KoRat plant am 2.3.13 eine Beratung des Wahlprogrammmentwurfes zusammen mit BAG UVE und Bundestagsfraktion.

2. Der Wahlkampf der LINKEN in den Bundesländern wird entsprechend der Möglichkeiten der Plattform – vor allem mit Flyern und anderem Material sowie bei der Erarbeitung der Wahlprogramme – unterstützt.

3. Die Faltblätter sind bis zum Ende des 1. Quartals auf die Aktualität ihrer Aussagen hin zu prüfen und ggf. zu überarbeiten. Die Mitglieder der Plattform sind aufgerufen, sich entsprechend ihren Möglichkeiten an der Aktualisierung zu beteiligen.

4. Im ersten Halbjahr 2013 (Termin noch offen) führt die Plattform eine Konferenz zum Thema „Demokratische Energie-Autarkie von Kommunen und Regionen“ durch.

5. Das Bundestreffen der Plattform wird am 20/21. April in Bad Sachsa durchgeführt. Es wird ebenfalls u.a. im Zeichen der Mobilisierung zum Wahlkampf stehen.

6. Der Koordinierungsrat tagt am 19.4., 31.8. und 30.11.

7. Die „Tarantel“ erscheint wie bisher am Ende jedes Quartals. Redaktionsschluss jeweils 6 Wochen vorher.

8. In der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ werden auch 2013 zwei neue Broschüren erarbeitet. Weitere erfahren eine Überarbeitung und Neuauflage.

Ihr Erscheinen wird jeweils auf der Internet-Seite der Plattform bekannt gemacht.

9. Die Internet-Seite der Plattform wird in der neuen Qualität fortgesetzt.

10. Die Plattform wird zu verschiedenen Gelegenheiten entsprechend ihren Möglichkeiten mit Infoständen auftreten, so z.B. in Berlin bei der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar und beim Umwelt-Festival im Juni.

11. Die Plattform wird auch 2013 weitere Anstrengungen zur Verstärkung der Mitgliederbasis und der Arbeit der Umweltgruppen in den Bundesländern unternehmen.

Autorenangaben

Alexandra und Wolfgang Borchardt, Wolfgang Wippler, Prof. Dr. Dr. Götz Brandt sind Mitglieder des Sprecherrates der Ökologischen Plattform.

Klaus Ruge ist Biologe und Schriftsteller.

Dieter Brendahl, Marion Morassi, Marko Ferst und Ercan Ayboga sind Mitglieder der Ökologischen Plattform.

Dr. Mario Neukirch ist Mitglied der Ökologischen Plattform; er arbeitet an der Universität Stuttgart auf dem Forschungsschwerpunkt Transformation von Energieversorgungssystemen.

Dipl.-Ing. Wolf von Fabek ist Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V. .

Aus der KoRat- Beratung

Alexandra und Wolfgang Borchardt

Der Koordinierungsrat hat auf seiner Sitzung am 24.11.12 die Plan B-Konferenz der Bundestagsfraktion ausgewertet. Seitens der Fraktion nahm Bernd Brouns teil. Er informierte über die Entstehungsgeschichte des Plan B und über die bisherigen Rückmeldungen, die die Fraktion erhalten hat.

Die TeilnehmerInnen bewerteten den offenen Charakter des gesamten Plan-B-Prozesses, die Bereitschaft zur öffentlichen Diskussion mit den Bürgern und das vorgelegte Dokument „Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“ sehr positiv. Dagegen gab es zum Layout der Internetseite <https://www.plan-b-mitmachen.de/> (weiße Schrift auf schwarzem Grund) geteilte Meinungen. Die Diskussion der Konferenz ergab je nach der durch die TeilnehmerInnen besuchten Arbeitsgruppe ganz unterschiedliche Bewertungen. Insgesamt überwog ein positives Gesamturteil. Wesentliche Aussagen waren:

Bei Organisation (Barrierefreiheit) und Öffentlichkeitsarbeit (Medien, Straßenwerbung) besteht Verbesserungspotential.

Die Konferenz war gut besucht, nicht nur von denen, die immer an den Öko-Veranstaltungen der LINKEN teilnehmen.

Von den Referaten wurden besonders positiv die von Eva Bulling-Schröter und Raul Zelik bewertet. Von der Rede Gregor Gysis waren mehrere Teilneh-

merInnen der Beratung enttäuscht. Das betrifft jedoch nicht den guten Inhalt. So hat Gregor eine „grundlegende Veränderung unserer Produktions- und Lebensweise“ gefordert - eine Formulierung, die die ökologische Plattform seit ihrer Gründung für Partei- und Wahlprogramme verlangt hat. Unsere Enttäuschung betrifft die Art und Weise, in der er die Rede gehalten hat. Wer ihn kennt, weiß, wie brillant er seine Gedanken vortragen kann - wenn er davon überzeugt ist. Die Rede, die er abgelesen hat und wie unengagiert er sie abgelesen hat, zeigt, dass ihm - dem Fraktionsvorsitzenden - das Thema „sozial-ökologischer Umbau,“ nicht wirklich wichtig ist. Davon kann sich leider jeder im Internet überzeugen

(<http://www.axel-troost.de/article/6505.plan-a-bedroht-das-fundament-von-allem.html> oder <http://www.youtube.com/watch?v=esU9Uo8dvls>)

Positiver wurde das Schlusswort von Katja Kipping http://www.youtube.com/watch?v=MsVHV5r4_9o aufgenommen.

Es zeigt, dass sie sich selbst mit Plan B auseinandergesetzt, sich eigene Gedanken gemacht hat. Allerdings wird von der Vorsitzenden des Parteivorstandes mehr erwartet. Es fehlten Antworten auf die Frage „Was wird DIE LINKE jetzt unternehmen, um diese Gedanken weiter zu entwickeln?“



Arbeitsgruppe Industrie

Wolfgang Wippler

Die Moderatorin Ursula Schönberger hat gleich zum Auftakt erklärt, dass dieser Komplex im Plan B am schwächsten ausgefallen ist, da hierzu die wenigsten konkreten Vorstellungen für Veränderungen erbracht werden konnten.

Dies zeigte sich auch in der folgenden Diskussionsstunde. Ein Roter Faden war nicht erkennbar und es konnte auch nicht herausgearbeitet werden, welche Aufgaben für das Vorhaben am wichtigsten sind und auf die man sich deshalb konzentrieren müsste.

Es wurden aber von fast allen Teilnehmern zahlreiche und durchaus gute Vorschläge unterbreitet und Hinweise gegeben, was bei diesem Prozess alles zu beachten und zu befolgen sei. Es wurde auch auf Auswirkungen von Maßnahmen hingewiesen und auf gegenläufige Entwicklungen und Widerstände aufmerksam gemacht.

Mehrfach wurde auf den notwendigen demokratischen und transparenten Charakter aller Maßnahmen verwiesen. Hierzu wurden z.B. auch eine verstärkte Mitbestimmung gefordert, auch unter Einbeziehung außerbetrieblicher Elemente. In einer Gegenäußerung wurde gefragt, ob es denn künftig noch so große Betriebe geben wird, in denen Mitbestimmungsgremien noch einen Sinn machen.

Auch die Beachtung der „sozialen Frage“ wurde verstärkt gefordert. Dies besonders im Hinblick

Agrar-Workshop

Götz Brandt

Im Agrar-Workshop wurde bereits das Thema „Nicht für den Weltmarkt, sondern für den Wochenmarkt produzieren“ von den zahlreich anwesenden Agrarpolitikern der Partei kritisiert. Besser wäre: „Gemeinsam decken wir den Tisch für alle“. Nach Impulsvorträgen von Veikko Heintz, der über einen Betrieb für solidarische Landwirtschaft bei Templin/Uckermark referierte, Frank Braßel von Oxfam, der Problem der Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung in Entwicklungsländern berichtete sowie Benny Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft, der die Landwirtschaftspolitik in Europa und ihre globalen Auswirkungen

auf die erforderliche Veränderung unseres Lebensstiles. Zu diesem Problem äußerte ein Gewerkschaftsvertreter kategorisch: „Ein Verzicht ist nicht propagierbar!“

Im Fokus der Erörterungen standen auch die zunehmende Rohstoffknappheit und die daraus resultierenden Probleme sowohl für die Gesamtwirtschaft als für einzelne Betriebe. In diesem Zusammenhang wurde eine verstärkte Pflicht zur Kreislaufwirtschaft angemahnt, die auch durch gesetzlichen Druck und durch ein Importverbot vorangetrieben werden kann.

Als ein Manko im Plan B wurde festgehalten, dass auf die geschmiedete „Rohstoffallianz“, welche die Rohstoffverfügbarkeit auch militärisch sichern will, überhaupt nicht eingegangen wurde.

Allgemein wurde festgehalten, dass dieser Teil des Plan B noch stark ausgebaut werden muss, trotz der ebenfalls erörterten Widerstände, die das herrschende System gerade auf dem Gebiet der Industrie sozialen Veränderungen entgegen setzen wird. Soweit meine Einschätzung mit Überblickscharakter zur Diskussionsrunde „Der ökologische Umbau der Industrie – Jobkiller oder Jobwunder?“. Es war wirklich nicht sehr ergiebig. Aus meiner Sicht auch nicht verwunderlich, da die meisten der vorgetragenen Hinweise und Vorschläge einer vorherigen Umwandlung der Gesellschaftsordnung bedürfen, was einer der Teilnehmer auch anmerkte.

untersuchte, konnte die Moderatorin MdB Kerstin Tackmann viele Vorschläge entgegennehmen, die zur Präzisierung und Erweiterung des Plan B- Textes gemacht wurden. Viele Probleme wurden thematisiert: Diktatur der Lebensmittel-Handelsketten, Verfügbarkeit über den Boden, solidarische Landwirtschaft, Fleischkonsum, Artenvielfalt, Gentechnikfreiheit, Bodendegradation und nicht zuletzt das Problem, ob in der Landwirtschaft eine industrielle Produktion auch ökologisch und biologisch sein kann oder ob wir generell zum Gartenbau übergehen sollten. Alle Änderungsvorschläge wurden von Kirsten Tackmann notiert und teilweise auch schon kommentiert. Diese konstruktive und klärende Diskussion wird den Plan B weiter qualifizieren.

Die seltsame Energiewendelogik des Herrn Hattaka

Dieter Brendahl

Die Energiewende ist die Ablösung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) als Quelle der Energieversorgung mit dem Ziel, einen Klimawandel durch Freisetzung von in Millionen Jahren gespeichertem CO₂ zu verhindern. Der wahre Anlass für gegenwärtige Kriege - Verfügung über endliche Rohstoffquellen - muss beseitigt werden.

Die Energiewende basiert auf Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik, die gestatten, ausschließlich erneuerbare Energiequellen für die Gewinnung von Nutzenergie zu verwenden.

Im Industriezeitalter hat sich die Energieversorgung zu einem beherrschenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Insbesondere die Elektroenergieerzeugung wurde in den letzten 150 Jahren in einen Konzentrationsprozess zentralisierter Dampferzeugergroßkraftwerke zu einem hoch subventionierten Industriezweig entwickelt, dessen Markt sich überwiegend privatkapitalistisch organisierte Konzerne untereinander aufteilen.

Im Nachwendedeutschland wurde die DDR-Energiwirtschaft durch Privatisierung in diesen Prozess einbezogen. Mehrfach wurden Bestandteile des Industriezweiges weiter verkauft. Eine angeblich beabsichtigte Entflechtung der Monopolstrukturen zur „Liberalisierung des Energiemarktes“ hat damit nicht stattgefunden. Letzter Käufer der Kohle- und Energieindustrie unserer Region ist der schwedische Energiekonzern Vattenfall. Tuomo Hattaka ist Europa-Chef dieses weltweit agierenden Unternehmens.

Die Energieversorgung ist wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Um sie weitgehend autark und von privatwirtschaftlichen Ausbeutungsverhältnissen frei zu gestalten, wird sie dezentral organisiert mit dem Ziel, Energie aus regenerativen Quellen vorrangig dort zu nutzen, wo sie gesammelt und gespeichert wurde. Nur auf kommunaler Ebene ist die erforderliche Transparenz für Eigeninitiative, demokratische Mitwirkung und Kontrolle möglich, um die Energieversorgung zu sozialisieren.

Die derzeitige Übergangsperiode ist vom Widerspruch zwischen Unterschiedlichen Systemen ge-



Abbildung 1: Warnstreik der IG Metall am 7.Mai 2012 vor dem KW Jänschwalde Foto: Dieter Brendahl

kennzeichnet - dem herkömmlichen System der zentralisierten Nutzenergieerzeugung und weiträumigen Verteilung, einerseits und dem dezentralen System der Nutzenergieerzeugung und ihrer lokalen bzw. regionalen Verwendung, andererseits. Unflexible Grundlast aus zentralisierten Großkraftwerken steht un stetiger Energie aus regenerativen Quellen der Regionalwirtschaft gegenüber. Um daraus ein nachhaltiges System regenerativer Energieerzeugung zu entwickeln, sind zunächst Anlagen erforderlich, um überschüssig erzeugte Nutzenergie zu speichern. Sie fällt immer öfter und immer mehr an, je mehr das Aufkommen von Elektroenergie aus Windkraft, Photovoltaik und Biogas wächst. Dieses Wachstum verdanken wir dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das weltweit beispielhaft

die staatliche Anschubfinanzierung von Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen ermöglicht.

Braunkohlengroßkraftwerke sind wegen der veralteten Dampferzeugertechnologie ungeeignet, kurzzeitig tageszeitlich und meteorologisch bedingte Schwankungen des Aufkommens erneuerbarer Energien auszugleichen. Zwangsweise muss immer häufiger mehr erzeugte Energie aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen ungenutzt abgeschaltet werden. Das ist notwendig, um die Netzstabilität zu erhalten und Stromausfälle zu verhindern. Die Ausfallentschädigung wird den Haushalten auferlegt. Großverbraucher entziehen sich mit Regierungshilfe dieser Umlage.

Für Braunkohleverstromung sind die staatlichen Subventionen wesentlich höher als die Kosten der Anschubförderung erneuerbarer Energien durch das EEG. Ohne indirekte staatliche Subventionen wäre der Betrieb von Braunkohlengroßkraftwerken bereits jetzt für die Betreiber unrentabel.

Netzeinspeisung und Netzbelastung muss sowohl für die zentralisierte fossile, als auch für die dezentrale regenerative Elektroenergieversorgung stets übereinstimmen. Die Übereinstimmung wird mit Management des Einsatzes von flexiblen Kraftwerken und Speichern, sowie Verbrauchersteuerung hergestellt. Grundlasteinspeisungen aus Dampfkraftwerken sind dafür umso mehr ungeeignet, je größer der Anteil erneuerbarer Energien ist. Der Ausgleich der Unstetigkeit erneuerbarer Quellen erfordert das 750-fache Speichervolumen der verfügbaren Pumpspeicher.¹

Das vorhandene Gasnetz kann den Speicherbedarf für massenhaft errichtete Mini-Blockheizkraftwerke, so genannte Schwarmkraftwerke, für das gesamte dezentrale Energiemanagement in Deutschland decken. Der Betreiber eines Kraftwerksschwarmes kann regionale Netzeinspeise- und Netzentnahmeschwankungen nahezu in Echtzeit ausgleichen und so die Netzsicherheit risikofrei gewährleisten. Die zwischengespeicherte Abwärme der Gasmotor-Generatoren wird für Warmwasseraufbereitung, Heizung, Kühlung, Raumklima und Prozesswärme für Produktionsbetriebe genutzt. Dagegen werden in Dampferzeuger-

¹ Volker Quaschnig „Würde da nicht das Licht ausgehen?“, erschienen in Sonne Wind und Wärme 07/2012 S. 10-12

Großkraftwerken mehr als 50 % der eingesetzten Energieträger als ungenutzte Abwärme vergeudet. In dieser Rechnung ist der Energiebedarf für die Energieträgergewinnung (in unserer Region Braunkohlebergbau) noch nicht enthalten.

Im Land Brandenburg wird gegenwärtig bereits mehr als 65 % des Bedarfs an Elektroenergie aus erneuerbaren Quellen gedeckt. Insgesamt wird dreimal so viel Elektroenergie erzeugt, wie das Land selbst verbraucht.²

Vattenfall hält jedoch am Dauerbetrieb großer Grundlastkraftwerke fest und fordert für den Abtransport überschüssigen Stromes Netzausbau auf Kosten der Steuerzahler. Anstatt in Energiespeicher zu investieren, droht das Management die Pumpspeicherkraftwerke des Unternehmens wegen Unwirtschaftlichkeit stillzulegen.³

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 27.08.2012 will Herr Hattaka, neue Marktanteile bei der Erzeugung und dem Management „sauberer“ Energie gewinnen: „Windparks an Land und auf hoher See, Kraftwerke, die mit Biomasse laufen, mehr dezentrale Energieproduktion und ein Wandel weg von großen Kraftwerken in der Nähe der Zentren hin zu kleinen dezentralen Anlagen fernab der Verbraucher“ formuliert er seine Marktstrategie. „Wir brauchen aber auch noch viele Jahre konventionelle Kraftwerke,“ fügt er hinzu und meint damit die Dampferzeuger-Großkraftwerke, ohne deren Verfallsdatum zu nennen. Sogar ein Ersatzkraftwerk mit CO₂-Abscheidung in Jänschwalde fordert er weiterhin, mit der Absicht, die abgelehnte CO₂-Verpressung doch noch durchzusetzen. Damit wird die zu erwartende Preisdegression für erneuerbare Energien verhindert. Herr Hattaka kündigt bis zu 30 % steigende Preise von Stromrechnungen für Privatkunden an, die er fälschlich den erneuerbaren Energien anlastet.

Es ist Fakt, dass die elektroenergetische Selbstversorgung aus Fotovoltaik schon in weniger als 5

² Henning Heidemanns, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg im Eröffnungsvortrag zum 14. Energietag Brandenburg am 06. September 2012

³ Tuomo Hattaka „Das Wachstum bringen die Erneuerbaren“, Frankfurter Rundschau vom 15. September 2012 <http://www.fr-online.de/wirtschaft/interview--das-wachstum-bringen-die-erneuerbaren-,1472780,17255772.html>

Jahren auch ohne staatliche Förderung sogar mit Batteriespeichern preisgünstiger sein wird, als der Strom aus dem Netz der Energiekonzerne.⁴

Setzt das Vattenfall-Management darauf, dass das Wahlverhalten der Bevölkerung auch weiterhin eine Regierung toleriert, die Großverbraucher von Umlagen und Mehrwertsteuern befreit? Subventionierte Großverbraucher sind auch die umweltzerstörenden Braunkohletagebaue des Vattenfall-Konzerns! Um Wähler zu täuschen, sind der „Company“ Werbekosten für Großanzeigen in den Medien der Niederlausitz nicht zu hoch. Unter anderen die LR, der Märkische Bote und der Cottbuser Wochenkurier unterziehen sich einer Selbstzensur, um öffentliche Kritik an den Machenschaften des Konzernmanagements zu verhindern:

Der schwedische Staat hat vor Jahren Anteile bei deutschen Energiekonzernen erworben. Das Risiko dieser Kapitaltransaktionen will er nun den deutschen Steuerzahlern anhängen, indem er nicht den oder die Verkäufer, sondern den deutschen Staat auf Entschädigung seiner Geschäftsverluste aus der Energiewende verklagt. Vattenfall kann sich ebenso wenig der Bevölkerung und dem Staat gegenüber für Haftung von Schäden aus Havarien versichern, wie seine deutschen Mitinhaber des Energieoligopols. Unverfroren fordert das Management trotzdem vom deutschen Staat Entschädigung für die Stilllegung der erworbenen Pannen-Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. Mit der Umwidmung in eine GmbH entzieht sich der Konzern allen Zukunftsrisiken und Verpflichtungen, zu denen die Abfindung der Beschäftigten bei Insolvenz gehört. Zur Befreiung der Haftung für seine Geschäftsrisiken setzt er die Macht des Oligopols ein, das noch immer 80 % des deutschen Energiemarktes beherrscht.

Dem neoliberalen globalen Mainstream folgend, unterstützt das gegenwärtige energiepolitische Regierungshandeln die auf quasi koloniale Ausbeutung ausgerichtete Konzernstrategie des Herrn Hattaka.

Wie könnte sonst die Ausbremsung der Energiewende durch Dauerbetrieb umweltschädlicher

Großkraftwerke mit überflüssiger Grundlastproduktion weiterhin begünstigt werden?

Womit haben sich die Eigentümer und Manager der Unternehmen mit hohem Energieverbrauch verdient, zu Lasten der übrigen Verbraucher hochgradig subventioniert zu werden?

Weshalb werden die Betreiber von Braunkohletagebauen nicht gesetzlich verpflichtet, an Stelle der ausgekohlten Braunkohlenflöze Tiefbauten für Energiespeicheranlagen, Elektrolyseure und Brennstoffzellenkraftwerke zu hinterlassen?

Ist es nicht die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierungen, die zur Umverteilung des in gesellschaftlicher Arbeit hervorgebrachten Reichtums von unten nach oben führt? Sie verhindert flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach unten und gestattet unbegrenzte exzessive Managervergütungen nach oben.

Herr Hattaka baut darauf, die Bevölkerung zur erneuten Wahl von Politikern von Bundesregierung und Landesregierungen zu übertölpeln, die unsinnigen Anti-Autarkie-Bestrebungen in der Energieversorgung folgen und sich weiterhin in Abhängigkeit des Oligopols der Energiekonzerne kaufen, benutzen und erpressen lassen. Mit Korruption von Gewerkschaftsführern und Betriebsräten erschleicht sich das Konzernmanagement die Loyalität der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Die Energiewendelogik des Herrn Hattaka ist die Logik eines Managers, der sich gegen das Gemeinwohl für die Verfolgung der Partialinteressen von Kapitaleignern verdingt.

Wer klagt beim Bundesverfassungsgericht gegen die vom Oligopol der Energiekonzerne verursachte Verletzung Artikel 14 (2) des Grundgesetzes?

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes ist mit Weisheit nicht zwischen Staats- und Privateigentum unterschieden worden.

„Eine sozial gerechte und klimaverträgliche Energieversorgung aus regenerativen Quellen, die durch die BürgerInnen demokratisch kontrolliert wird, kann es letztlich nur ohne die großen Energiekonzerne geben. Deshalb unterstützt DIE LINKE alle Aktivitäten, die eine solche Energieversorgung ohne die vier

⁴ Autorenkollektiv „Der unterschätzte Markt“, erschienen in BWK Bd. 64 (2012) Nr. 7/8, S.25-28

großen Konzerne zum Ziel haben. Mit ihrem Einsatz für eine dezentrale Energieversorgung ohne Kohle, Atom und Konzerne leistet DIE LINKE zugleich einen wichtigen Beitrag gegen koloniale Ausbeutung und für Beendigung der Kriege, die heute schon um die Herrschaft über die fossile Energieversorgung geführt werden. Zusammen mit den breiten gesellschaftlichen Bündnissen und in eigenen Aktivitäten tritt DIE LINKE für eine Energieversorgung ein, die

als gesellschaftliche Daseinsvorsorge dem Profitstreben entzogen wird.

DIE LINKE wird deshalb die Bewegungen in Berlin, Hamburg und anderen Städten und Gemeinden für eine Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze aktiv unterstützen.“⁵

⁵ Zitat aus dem Leitbeschluss des Göttinger Parteitages DIE LINKE

Kein Wald den Spekulanten

Klaus Ruge

Wer die Lebensräume der Waldvögel erhalten will, der muss Althölzer fördern, muss Waldränder pflegen und auch an die Arten denken, die lichte Wälder lieben. Wer verantwortungsvoll mit der Natur umgeht, damit auch nachfolgende Generationen in einer lebenswerten Welt existieren können, der wird sein Handeln danach ausrichten.

Wenn aber die BImA, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Bundeswald verkauft, dann erhält der Meistbietende den Zuschlag, ohne irgendwelche Auflagen, ohne Rücksicht darauf, wie wichtig dieser Wald für bedrohte Vogelarten sein mag.

Wir alle sprechen von Nachhaltigkeit, von der Sicherung der Umwelt für unsere Kinder und Enkel. Aber unser Staat verkauft unseren Wald an geschäftige Unternehmer, die anscheinend von Nachhaltigkeit nichts wissen. Die begrüßenswerten Konzepte zur Anreicherung von Totholz, zur Ausweisung von Prozessschutzflächen sind nur im Staatswald verbindlich. Also müsste doch die Devise heißen „Mehr Staatswald“ statt „Ausverkauf“ unseres Waldes. Doch wenn das Geld lockt ...

Von den hohen Holzpreisen profitiert auch der Staat, nicht nur der findige oder skrupellose Holzhändler. Natürlich gibt es viele private Waldbesitzer - und die besitzen immerhin $\frac{2}{3}$ des deutschen Waldes -, die verantwortungsbewusst mit dem Kulturgut Wald umgehen. Doch das Angebot der BImA ist geradezu eine Offerte an Spekulanten, die schnelles Geld machen wollen.

An die Regeln der Nachhaltigkeit halten sich diese Käufer nicht. Sie wollen vor allem Profit. Dabei nutzen sie erfolgreich die Lücken in unseren Waldgesetzen. Sie kaufen den Wald, holzen ihn so schnell

wie möglich aus - zum langfristigen Schaden dieser Wälder, zu unserem langfristigen Schaden. Dann wird der ausgeholzte Wald rasch weiterverkauft, um nicht an Folgekosten beteiligt zu werden. Anscheinend stehen im Augenblick keine großen Flächen zum Verkauf an, ja die BImA hat sogar beachtliche Flächen Wald an Naturschutzstiftungen übergeben. Doch die BImA will oder muss noch weiterhin Bundeswald an Private meistbietend verkaufen.

Darum besteht auch weiterhin die Gefahr, dass Wälder zerstört werden wie im folgenden Beispiel: Im brandenburgischen Prenden (bei Wandlitz, Landkreis Barnim, Land Brandenburg) wurde ein Flurstück von etwa 50 Hektar Größe von der BImA an einen privaten Investor verkauft. Der neue Eigentümer schlug dort anschließend innerhalb weniger Tage so viel Holz ein, dass eine weitere nachhaltige Entwicklung des Waldes auf lange Sicht nicht mehr möglich ist. Spechte und Kleiber, Hohltauben und Käuze müssen sich nun andere Lebensräume suchen, sind heimatlose Flüchtlinge geworden.

Über die Leitlinien der BImA hat sich der Käufer lächelnd hinweggesetzt. Die BImA sieht zwar ihre Kompetenz darin, „durch kundenorientierten und wirtschaftlichen Einsatz biologischer und technischer Ressourcen, ressortübergreifend die Nutzung, den Schutz und die Wiederherstellung von Natur und Landschaften zu sichern“. Nur, wie wird das umgesetzt?

In der Antwort auf eine Bundestagsanfrage der Grünen heißt es: „Die Kaufverträge der BImA zu land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken beinhalten üblicherweise keine Auflagen

oder Nutzungsbeschränkungen“. Kaufinteressenten sind also auch nicht verpflichtet, ein verbindliches Bewirtschaftungskonzept vorzulegen, das eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes sichert. Öffentlich angebotene Verkaufsobjekte des Bundes werden grundsätzlich an den Höchstbietenden veräußert.

Wenn aber der Wald vernichtet worden ist, dann sind wir, die Bürger, die Leidtragenden, weil unser Erholungsraum, der Ort biologischer Vielfalt, zerstört wurde. Zusätzlich müssen wir als Steuerzahler dann noch für die Schäden aufkommen. Leider ist der Fall Prenden keine Ausnahme. An denselben Käufer wurde ein Wald von zirka 170 Hektar Größe in Weisen (bei Perleberg, Landkreis Prignitz, Land Brandenburg) verkauft und anschließend in derselben Art und Weise behandelt.

Auch im Thüringischen Sangershausen und am ehemaligen Militärgelände „Fuchsbau“ bei Fürstenwalde (190 Hektar) hat die BImA Wald an Investoren verkauft. Gewiß das ereignete sich vor drei Jahren. Rund 50.000 Hektar Bundeswald, das sind etwa 50 000 Fußballfelder eine Fläche gut halb so groß wie das Land Berlin standen, der BImA im Jahre 2009

zur Verfügung. Aber die BImA wird in den nächsten Jahren noch mehr Wald verkaufen, denn immer noch werden Truppenübungsplätze aufgehoben und damit Waldfläche frei. Allein seit Januar 2011 hat die Bundeswehr 12.650 ha Fläche aufgegeben. Auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag im März 2012 antwortete die Regierung, dass es noch 300.000 ha Truppenübungsplätze gibt. 300.000 ha - das ist mehr als vier Mal die Fläche von Berlin.

Es ist grotesk. Über das Roden der Tropenwälder für den Anbau von Palmöl regen wir uns (zu recht) auf, aber die Zerstörung staatlicher, also unserer Wälder wird in der Öffentlichkeit totgeschwiegen.

Gefordert ist ein Ende der Privatisierung von Wäldern des Bundes, denn nur im Staatswald oder in den Händen von Naturschutzstiftungen kann die Aufgabe, Vielfalt zu erhalten, verpflichtend durchgesetzt werden. Darum muss das BImA-Errichtungsgesetz in Bezug auf den Verkauf von Wäldern dringend verändert werden. Für Ökologen ergibt sich daraus die Aufforderung, Bundestags-Abgeordnete anzusprechen, das BImA Statut in ökologischen Sinne zu ändern!

ATTAC Tourismuskonzept - sozial und ökologisch

Marion Morassi

Die Tourismusbranche in Deutschland und gerade auch in Rheinland-Pfalz ist abhängig von einer intakten Umwelt. Sieht man sich die Schwerpunkte des Rheinland-Pfälzischen Tourismusgewerbes an, so wird dies besonders deutlich. Diese sind vor allem der Weintourismus, der Wander- und Fahrradtourismus, sowie der Wassertourismus an Rhein und Mosel. Um diese langfristig erhalten zu können, schreibt sich ATTAC AW die Förderung des sanften Tourismus auf ihre Fahne. Die gleichzeitige Analyse und Ermahnung Enzensbergers: „Der Tourismus zerstört das, was er sucht, indem er es findet“ darf sich nicht in Rheinland-Pfalz bewahrheiten.

In Rheinland-Pfalz werden derzeit immer wieder touristische Großprojekte auf Landes- und Kommunalebene als Heilsbringer gefeiert, und entpuppen sich doch stets als Büchse der Pandora. Es wird versprochen, dass durch sie viel mehr Gelder in die Taschen der Menschen vor Ort fließen und die Re-

gion gestärkt würde. Doch dies ist ein Trugschluss, wie nicht nur das Projekt „Grüne Hölle“ am Nürburgring beweist. Denn die hauptsächlichen Charakteristika solcher Projekte sind nicht die ihrer Verheißungen, sondern in erster Linie Zerstörung großer Umweltflächen aufgrund ihres Platzbedarfes, das Aussaugen der Wertschöpfung aus der umliegenden Region, und damit die Zerstörung des organisch gewachsenen touristischen Familienbetriebes und des Mittelstandes.

ATTAC Ahrweiler fordert deswegen:

- Es dürfen nur touristische Projekte gefördert werden, welche ökologisch nachhaltig sind und sich in die wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten einfügen.
- Sie müssen so wenig wie möglich auf die bereiste Natur einwirken, bzw. ihr schaden.



- Sie dürfen die kulturellen Gegebenheiten der Region nicht gefährden.
- Touristische Großprojekte sind in der Regel abzulehnen, weil sie die Natur, die Kultur und mittelständischen und Familienbetriebe der Regionen zerstören.

Der Nürburgring

Der Nürburgring ist hierfür ein Musterbeispiel. Er wurde anfänglich gebaut, um eine wirtschaftlich schwache Region zu fördern. Es gab einen Sozialpakt zwischen dem Land und der umliegenden Region. Nun, nach einer Verschwendung von 350 Millionen Euro Steuergeldern und der Übernahme der Geschäftsführung durch Privatinvestoren, steht dieser Sozialpakt vor dem Aus.

Deswegen fordert ATTAC AW für den Nürburgring: Ein Zurück zum politischen Grundgedanken des Nürburgrings.

Alle Rennsportelemente des Nürburgrings müssen zurück in die Verantwortung der Landespolitik und losgelöst werden von den anderweitigen Freizeitangeboten.

Als Betreiber der Rennstrecke muss das Land wieder zurück zu einem solidarischen Umgang mit der organisch gewachsenen, touristischen Infrastruktur und ihren kleinen und mittleren Betrieben.

Als Motorsportveranstalter muss sich zudem die Landesregierung ihrer Verantwortung hinsichtlich der Umwelt bewusst werden, und umweltschonende Innovationen im Automobilsektor durch Veranstaltungen am Nürburgring fördern.

Der Anschluss des Nürburgrings an den öffentlichen Personenverkehr muss endlich vorangetrieben werden.

Netzausbau für das 23. Jahrhundert?

Kritische Anmerkungen zur Netzausbau- und Energiewende-Politik

Mario Neukirch

Die Energiewende läuft zügiger als von vielen erwartet. Insbesondere der rapide Zubau von Photovoltaik- und Windanlagen hat dazu geführt, dass heute circa 25 Prozent des Strombedarfs auf Basis regenerativer Energien erzeugt werden. Es ist bekannt, dass dieser Umbau vielen zu schnell geht. Die Energiekonzerne fürchten zu Recht, dass sie ihre Kraftwerke künftig nicht mehr rentabel betreiben können. Doch anstatt frühzeitig auf erneuerbare Energien zu setzen, haben sie den Einstieg in die Energiewende weitestgehend verschlafen. Und sie werden dafür voraussichtlich die Zeche zu zahlen haben; es sei denn, es findet sich eine Bundesregierung, die sie dabei unterstützt, den Wechsel zu regenerativer Energie kräftig auszubremsen. Ein entsprechender Versuch, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten durchzusetzen, ist bereits gescheitert. Seit Monaten agitiert Wirtschaftsminister Rösler (FDP) offen gegen die wichtigste regulative Grundlage des Erfolgs regenerativer Energieträger: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Besonders perfide ist dabei der Versuch, finanzschwache Haushalte aufgrund wachsender Stromkosten gegen die Energiewende in Stellung zu bringen. Der folgende Artikel setzt an anderer Stelle an, nämlich der komplexen Problematik des Netzausbaus als Möglichkeit zur Integration der erneuerbaren Energien in das Stromnetz.

Der Netzausbau soll es richten

Die Argumentation erscheint plausibel: Ein Großteil der erneuerbaren Energie, besonders Windkraft in Nord- und Ostdeutschland sowie auf See, wird abseits der Verbrauchszentren produziert. Da keine wirtschaftlichen Speichertechnologien für Wind- und Solarenergie vorhanden sind, muss die produzierte Elektrizität sofort zum Endverbraucher transportiert werden. So hat sich ein weitgehender Konsens darüber etabliert, dass die Stromnetze auszubauen sind. Gleichwohl haben sich um die konkrete Ausgestaltung des Netzausbaus mas-

sive Konflikte eingestellt (vgl. Neukirch 2012). Es besteht zudem eine Reihe von Hemmnissen, welche einer zügigen Umsetzung der Projekte entgegensteht (Bruns et al. 2012). Man kann den Beginn der Debatte um den Netzausbau auf das Jahr 2005 datieren. Damals hatte die Deutsche Energieagentur (dena) ihre Netzausbau-Studie herausgegeben, der zufolge bis zum Jahr 2015 circa 850km neue 380-Kilovolt-Leitungen gebaut werden sollten. Im Rahmen des Energieleitungsausgesetzes (EnLAG) von 2009 hatte die Bundesregierung einen Bedarfsplan festgeschrieben, in den zusätzlich zu den Projekten aus der dena-Studie weitere Vorhaben aufgenommen wurden. Die Gesamtstrecke der aktuellen Netzausbauvorhaben summiert sich damit auf 1.834km im Höchstspannungsbereich. Doch die meisten Projekte stagnieren. Von den Planungen, die im Jahr 2005 (und davor) gestartet wurden, waren im Juli 2012 erst 214km realisiert (vgl. www.netzausbau.de, Info-Seite der Bundesnetzagentur). Eine Beschleunigung zeichnet sich bisher nicht ab.

Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz – eine Reform ohne Perspektive?

Vor dem Hintergrund der lokalen Auseinandersetzungen um die Trassenpläne und die „Wutbürger-Debatte“ angesichts der Eskalation rund um das kontroverse Bahnhofprojekt Stuttgart 21, hatte die Bundesregierung im Jahr 2011 mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) und einer Reform des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) neue Verfahren zur Netzausbauplanung etabliert. Diese sollen mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz ermöglichen.

Ohne den Fokus auf die komplexen Details der neuen Regulierung zu legen, bieten zwei Gegebenheiten Anlass zur Vermutung, dass das Anliegen einer Beschleunigung des Netzausbaus auch auf diesem Wege nicht zu erreichen sein wird. Erstens gilt die Reform ausschließlich für zukünftige Vorhaben. Insbesondere gilt das NABEG nicht für diejenigen Projekte, gegen die seit Jahren teilweise



Kern- und Bio-Energie. AKW Grohnde 2011

Foto: Mike Wright

erbittert protestiert wird.¹ Die ersten Bauvorhaben, auf die das NABEG angewendet wird, gehen frühestens 2015 in die Planfeststellung. Zur Schlichtung der aktuellen Konflikte wird die neue Regulierung daher kaum beitragen. Darin, diese Chance verpasst zu haben, besteht ein erster Geburtsfehler der Reform.

Angesichts des bisherigen Ausbau-Tempos erscheint zweitens die Realisierbarkeit eines zusätzlichen umfangreichen Netzausbauplans für das Jahr 2022 niedrig. So wird im Leitszenario des Netzentwicklungsplans von 2012 ein zusätzlicher Ausbau-Bedarf an Höchstspannungsleitungen von etwa 3.800km veranschlagt. Darüber hinaus wird mit einem Neubau von 2.800km innerhalb bestehender Trassen kalkuliert (2. überarbeiteter Entwurf des „Netzentwicklungsplan Strom 2012“ Seite 130).²

¹ Gegen die etwa 190km lange Trasse von Wahle in Niedersachsen nach Mecklar in Hessen bspw. sind von Gegnern knapp 22.000 schriftliche Einwendungen bei den Planungsbehörden eingereicht worden (Deutschlandradio, 29.6.2011).

² Der Netzentwicklungsplan wird in Abstimmung mit der Bundesnetzagentur von den Übertragungsnetzbetreibern erarbeitet und sukzessive angepasst. Eine abschließende Genehmigung erfolgt durch die Bundesnetzagentur.

Wie fragwürdig die Realisierung des Plans erscheint, soll das folgende kleine Rechenbeispiel verdeutlichen, das ausschließlich 1.834km EnLAG-Trassen plus zusätzlich besagte 3.800km berücksichtigt, also 5.634km bis 2022. Wenn man 2005 als das Startjahr festlegt (s.o.) gelangt man auf einen Realisierungszeitraum von 18 Jahren. Zwischen 2005 und Juli 2012, in einem Zeitraum von sieben Jahren wurden jedoch nur 214km realisiert. Eine Dreisatz-Rechnung ergibt, dass bei gleichem Tempo die 5.634km nach 184 Jahren abgeschlossen wären, also im Jahr 2196, quasi an der Schwelle zum 23. Jahrhundert. Eine weitere Rechnung dieser Art führt zum Ergebnis, dass sich die Netzausbaugeschwindigkeit verzehnfachen müsste, um die Bauarbeiten bis zum Jahr 2022 abzuschließen. Sicherlich ist die Rechnung anfechtbar – und es geht auch überhaupt nicht um numerische Details. Kaum bestreitbar ist, dass die Umsetzbarkeit der Pläne mit gutem Recht angefochten werden darf. Wer sich auf so fragwürdige Chancen einlässt, sollte immer Alternativoptionen parat haben. Alles andere wäre grob fahrlässig. Gut, die Bundesregierung, insbesondere die Ministerien für Wirtschaft und Umwelt, scheinen ihre Alternative zu haben: die Verzögerung der Energiewende. Und Verantwortliche gibt es auch schon: die ländlichen Wutbürger, denen ihre Vorgärten wichtiger sind als die Abschaltung der Atomkraftwerke.

Alternativen zum Netzausbau unter Fortsetzung der Energiewende

Es sind heute diverse Technologien vorhanden, durch deren Anwendung der Ausbaubedarf verringert werden kann, bspw. der Einsatz von Hochtemperaturseilen und Temperaturmonitoring wäre hier zu nennen. Beide Optionen ermöglichen, dass dieselbe Leitung deutlich mehr Energie transportieren kann als herkömmliche Technik. Denkbar wäre es auch, einige Windanlagen in seltenen Starkwind-Situationen abzuschalten. So kann ein geringer (kalkulierter) Verlust an Windstromeinspeisung zu einer deutlichen Verringerung der zusätzlich erforderlichen Netzkapazität führen (vgl. Jarass 2010). Ebenfalls denkbar wäre es, verstärkt in Power-to-Gas (PtG) zu investieren. Bei PtG geht es darum, mittels etablierter chemischer Verfahren, überschüssige Elektrizität aus Solar- und Windanlagen nicht ins Stromnetz zu leiten, sondern zur Produktion von Wasserstoff oder Methan zu verwenden (Holzhammer et al. 2011). Zur Beschleunigung der Marktreife von PtG-Technologien ist die Schaffung verbesserter Investitionsbedingungen unerlässlich. Schließlich wäre es denkbar, den regionalen Bürgerprotesten entgegenzukommen und verstärkt den Einsatz von Erdkabeln zuzulassen. All diese Optionen werden weder von den Übertragungsnetzbetreibern, noch seitens des Gesetzgebers und der Regulierungsbehörde hinreichend ausgeschöpft. Der Artikel zielt hingegen auf eine Kritik der Rahmenbedingungen des Netzausbaukonzepts. Darin nämlich ist die Fortsetzung des zentralistischen Energiepfades, der auch in den kommenden Jahrzehnten hohe Anteile von Kohlekraft beinhalten soll, festgeschrieben.

Dezentralisierung

Energie, die am Ort des Verbrauchs produziert wird, muss nicht transportiert werden und erfordert daher auch keinen Netzausbau. Bis März 2012 bspw. wurde der Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaik-Dachanlagen durch das EEG gefördert. Der Hintergrund hatte darin bestanden, dass der nicht eingespeiste Strom – etwa durch den Betrieb der Waschmaschine bei Sonnenschein – die Stromnetze entlastet. Der Netzentwicklungsplan enthält zahlreiche Kraftwerke, die „Last-fern“

also abseits der Verbrauchszentren installiert werden sollen. Dazu zählen nicht nur große Offshore-Windparks, sondern auch einige Kohlekraftwerke in Nord- und Ostdeutschland. Diese Anlagen werden Strom produzieren, der großteils nicht vor Ort konsumiert, sondern über einige Hundert Kilometer transportiert werden muss und daher erhöhte Netzkapazität notwendig macht.

Ein erster großer Schritt zur Reduktion des Netzausbaus könnte darin bestehen, die EEG-Fördertarife so umzulagern, dass dezentrale Onshore-Windenergie und Photovoltaik wieder stärker gefördert werden als Offshore-Windenergie.³ Ein weiteres Problem bilden konventionelle Großkraftwerke an Last-fernen Standorten, durch welche die Stromnetze bereits heute massiv belastet werden.⁴ Dort, wo sie heute noch erforderlich sind, könnten mehr oder weniger kleine Blockheizkraftwerke eine Lösung darstellen. Durch die Möglichkeit zur Nutzung der Abwärme an verbrauchsnahen Standorten wird zudem eine hohe Energieeffizienz erreicht.

Entsprechende Erwägungen sucht man allerdings in den offiziellen Plänen und Erklärungen vergeblich. Vielmehr wird gebetsmühlenartig argumentiert, dass eine dezentrale Energiewirtschaft aufgrund der „niedrigen Energiedichte“ nicht in der Lage sei, große Industrieanlagen zu versorgen.

„Neue Netze für Erneuerbare!“...

lautet das Credo vieler Umweltorganisationen. Kritisch zugespitzt könnte es um den Zusatz „...und

³ Alternativ könnte überschüssiger Strom der Offshore-Windparks nicht ins deutsche Höchstspannungsnetz geleitet werden, sondern nach Norwegen, wo bei Starkwind die Energiezufuhr aus Wasserkraftwerken gesenkt werden könnte. Allerdings ginge ein dann in Norwegen erforderlicher Netzausbau ebenfalls nicht ohne Konflikte vonstatten. Perspektivisch könnte der Netzausbau von Offshore-Windprojekten auch durch die Anwendung von Power-to-Gas (s.o.) begrenzt werden.

⁴ Grundsätzlich haben die Unternehmen das Recht, unabhängig von volkswirtschaftlichen oder umweltpolitischen Aspekten, die Standorte ihrer Kraftwerke selbst festzulegen (Bruns et al. 2012, S. 49). Hier müsste der Gesetzgeber kurzfristig Abhilfe schaffen.

nicht für Kohlekraftwerke!“ ergänzt werden. Nicht genug damit, dass neue Kohlekraftwerke die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung ad absurdum führen und die Energiewende verzögert wird. Zudem beanspruchen sie deutliche Anteile der alten und neuen Netzkapazität. Denn auch bei Starkwind und Sonnenschein kann die Erzeugung dieser Anlagen nicht unter 25 Prozent des Maximums reduziert werden. Zudem liegt es im Interesse des Betreibers, Kohlekraftwerke aufgrund der niedrigen Rohstoffkosten so lange wie möglich unter Vollast laufen zu lassen und den überschüssigen Strom notfalls zu Niedrigpreisen ins Ausland zu verkaufen. Eine Totalabschaltung der Kohlekraftwerke ist aus wirtschaftlichen Gründen keine Option. Neu gebaute Kohlekraftwerke führen auch an verbrauchsnahe Standorten zu einer Netzüberlastung, weil ohne zusätzliche Netzkapazität ansonsten Wind- und Photovoltaikanlagen abgeschaltet werden müssten. Dieser sogenannten „Systemkonkurrenz“ durch den Bau neuer Stromtrassen zu begegnen, erscheint als eine denkbar ungeeignete Strategie; geht es doch bei der Energiewende gerade darum, konventionelle Kraftwerke aus dem Netz zu drängen. Zugleich ist diese Strategie Ausdruck der Unfähigkeit der Regierung, eine Systemscheidung treffen. Entweder würde sie ihre Klientel, also insbesondere die Energielobby sowie Unternehmens- und Industrieverbände vor den Kopf stoßen, oder einen Großteil der Zivilgesellschaft, welche den Energiewechsel befürwortet. Zentrale Komponente des Systemwechsels wäre ein konsequentes Neubauverbot von Kohlekraftwerken. Zugleich müssten Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb flexibler Gaskraftwerke geschaffen werden⁵, die vollständig herunter geregelt werden können und Strom nur dann bereitstellen, wenn keine regenerative Energie verfügbar ist. Für neue Gaskraftwerke, die an geeigneten Standorten

⁵ Dabei könnte es sich um die Einführung sogenannter „Kapazitätsmärkte“ handeln. Deren Prinzip ist, dass der Kraftwerksbetreiber dafür entlohnt wird, auf Abruf Energie zu liefern. Kapazitätsmärkte sollen gewährleisten, dass der Betrieb von Kraftwerken rentabel wird, obwohl sie möglicherweise einen Großteil ihrer Betriebsdauer im Stand-by-Modus verbringen.

errichtet werden, müssten daher kein zusätzlichen Energieleitungen gebaut werden.

Fazit

Auch wenn sämtliche hier vorgestellten oder erwähnten Optionen zur Minderung des Netzausbaubedarfs ausgeschöpft würden, könnte nicht jede Erweiterungsmaßnahme vermieden werden. Gleichwohl wird schon anhand der Problemfelder, dem „Festhalten an einer weitest möglichen Zentralisierung des Energiesystems“ und dem „Bau neuer Kohlekraftwerke“ deutlich, dass beachtliche Reduzierungspotenziale ungenutzt bleiben. Es erscheint wenig angebracht, den Entscheidungsträgern Unwissenheit zu attestieren. Wie eingangs dargestellt, gibt es seit langem Versuche der Bundesregierung, die Energiewende zu verlangsamen. In diesen Kontext ist auch jene energiepolitische Rahmenplanung einzuordnen, die den Ausbau regenerativer Energien nicht nur direkt behindert, sondern zu einer Bedarfsberechnung neuer Stromtrassen führt, deren Realisierung im festgelegten Zeitfenster kaum umgesetzt werden kann.

Literatur/ Quellen

- Brötzel, Angela; Feix, Olivier; Obermann, Ruth; Strecker, Marius, 2012: Netzentwicklungsplan 2012 Strom. 2. überarbeiteter Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber. 15. August 2012
- Bruns, Elke; Futterlieb, Matthias; Ohlhorst, Dörte; Wenzel, Bernd, 2012: Netze als Rückgrat der Energiewende. Hemmnisse für die Integration erneuerbarer Energien in Strom-, Gas- und Wärmenetze. Unter Mitarbeit von Frank Sailer und Thorsten Müller. Universitätsverlag der TU Berlin
- Holzhammer, U.; Jentsch, M.; Sterner, M., 2011: Energie-wirtschaftliche und ökologische Bewertung eines Windgas-Angebotes. Gutachten des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) im Auftrag von Greenpeace Energy e. G. Februar 2011
- Jarass, Lorenz, 2010: Windenergiebedingter Netzausbau – nicht zu viel und nicht zu wenig! In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 60. Jg. (2010) Heft 10, S. 22-27
- Neukirch, Mario, 2012: Grüner Netzausbau für schmutzigen Strom? Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2012, S. 25-28

Pufferspeicher für Solarstromanlagen – eine energietechnische Notwendigkeit

Wolf v. Fabeck

Anstatt die großartigen Chancen zu nutzen, die das unvermutete schnelle Wachstum der Solarenergie in den Jahren 2010 und 2011 bedeutete, überbieten sich derzeit nahezu alle im Bundestag vertretenen Parteien darin, das Wachstum der Solarenergie zu reduzieren. Am lautesten setzt sich die FDP unter ihrem Parteivorsitzenden Rainer Brüderle dafür ein. Er will das ganze Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), welches den schnellen Ausbau der Solarenergie überhaupt erst möglich gemacht hat, völlig abschaffen. Auch in CDU/CSU werden diesbezügliche Stimmen immer lauter. Von der SPD hört man zum EEG nur wenig. Die Grünen fordern vehement die Erhaltung des EEG, wollen aber freiwillig den Ausbau der Solarenergie reduzieren, um Schwarz-Gelb nicht durch zu schnelles Wachstum der Solarenergie zu provozieren und um die Ausbaukosten zu vermindern..

Lediglich die Linken wenden sich gegen jeden Versuch, den Ausbau der Solarenergie zu verzögern. Die Vergütung soll am Ziel des schnellstmöglichen Ausbaus ausgerichtet werden. Daraus ergeben sich allerdings einige technische Verpflichtungen und Konsequenzen. Diese werden im Folgenden kurz angerissen.

Technische Notwendigkeiten bei schnellem Ausbau der Solarstromanlagen

Den Hauptbeitrag zur zukünftigen Energieversorgung werden die Onshore-Windenergie und die Photovoltaik leisten. Ihr energetischer Beitrag wird bei weiterem Wachstum schon in wenigen Jahren ausreichen, in sonnigen Wochen eine Vollversorgung Deutschlands zu gewährleisten (in windigen Wochen ohne Sonnenschein wird die Windenergie ebenfalls dazu in der Lage sein; unsere Überlegungen beschränken wir jetzt aber auf die Sonnenenergie). Eine bedarfsgerechte lückenlose Versorgung mit Solarenergie wird nur mit Hilfe von Stromspeichern möglich sein, denn eine Industrialnation braucht auch nachts Strom. Den Einwand, Speicher seien zu teuer und man müsse deshalb noch auf ihren Ausbau warten, halten wir für einen folgenschweren Irrtum. Das Fehlen von Speichern wird schon jetzt als Argument gegen den Ausbau der Solarenergie benutzt. Außerdem werden Speicher nicht dadurch billiger, dass man tatenlos auf sie wartet (oder auf die Autoindustrie verweist, die ebenfalls auf billige Speicher wartet).

Die wirkungsvollste Möglichkeit zur Kostensenkung einer bereits in kleinem Umfang eingesetzten Technik ist die (bereits bei der PV erprobte) Schrittfolge:

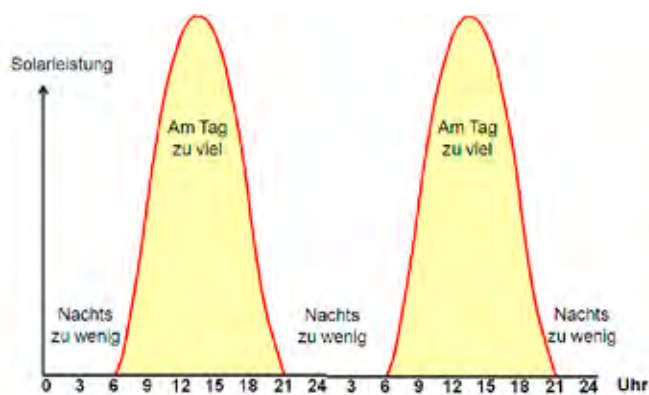


Abbildung 1: ungleichmäßige Leistungsabgabe aus einer Solarstromanlage ohne Pufferspeicher

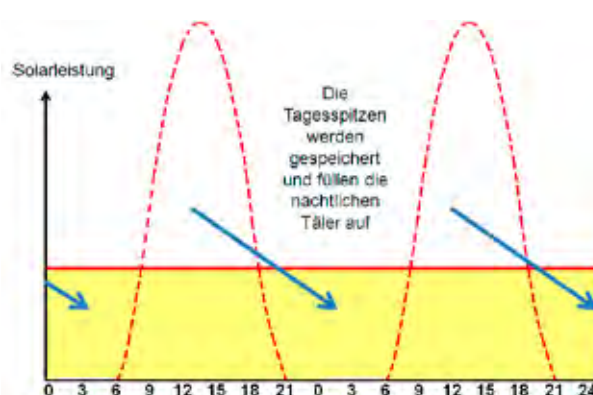


Abbildung 2: Schema der vergleichmäßigten Leistungsabgabe aus einer Solarstromanlage mit Pufferspeicher

Schwerpunktthema: Energiewende

Anreiz der Massennachfrage, Massenproduktion, Erfahrungsgewinn in der Produktion, Verfahrensverbesserungen, Kostensenkungen.

Unser Vorschlag lautet, alle zukünftigen PV-Anlagen direkt mit Pufferspeichern zu kombinieren, d.h. daraus eine Kombianlage zu fertigen.

Gründe für die Kombination von Solarstromanlage und Pufferspeicher in einer Einheit

Die technischen Probleme durch immer höhere mittägliche Leistungsspitzen und fehlender Solarleistung nachts werden durch Pufferspeicher gelöst. Bei einer Kombination von Pufferspeichern mit Solarstromanlagen wächst die Zahl der Pufferspeicher zuverlässig im gleichen Tempo wie der Ausbau von PV-Anlagen.

Die höchste Motivation für eine schnelle Umsetzung ist bei den PV-Betreibern zu finden.

Speicher benötigen Gleichstrom, PV-Module liefern Gleichstrom. Die Kombination von PV-Anlage und Pufferspeicher erspart einen zusätzlichen Gleichrichter und Wechselrichter.

Die Ströme von den Solarmodulen zu dem Speicher führen um die Mittagszeit erhebliche Stromspitzen und benötigen deshalb einen hohen Querschnitt. Diese teuren dicken Leitungen zwischen Solarmodulen und Speicher werden möglichst kurz gehalten.

Anreiz zur Kombination von PV-Anlagen mit Pufferspeichern

Da Batteriespeicher noch sehr teuer sind, muss der Solaranlagenbetreiber mit einem finanziellen Anreiz dazu gebracht werden, Pufferspeicher zu integrieren.

Dieser Anreiz könnte darin bestehen, dass er gesetzlich gezwungen wird, seine Einspeisung auf 30 % der Höchstleistung der PV-Anlage zu begrenzen. Andererseits muss man ihm eine Vergütung dafür bieten, dass er eine Pufferbatterie installiert.

Ausführliche Details zu diesem Vorschlag des SFV finden Sie unter :

<http://www.sfv.de/artikel/speicherausbau.htm>

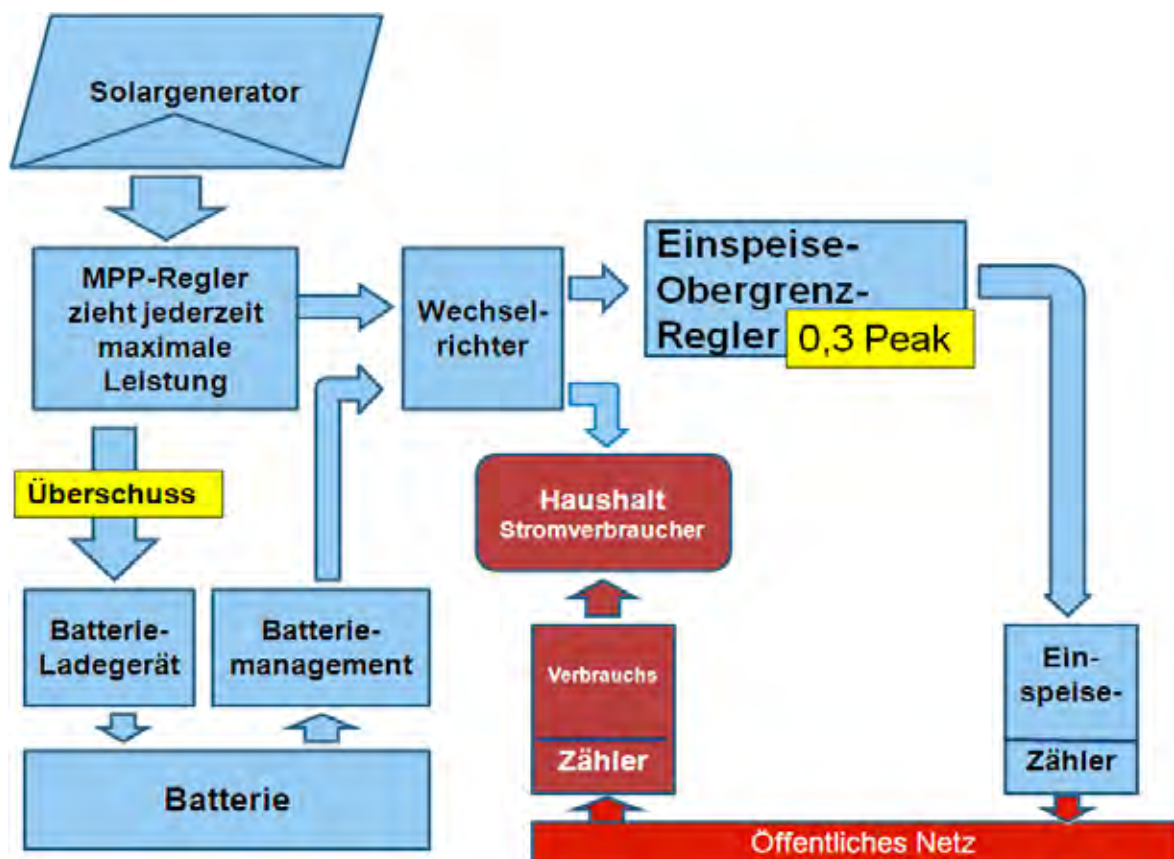


Abbildung 3: Technische Lösung im Blockschaftbild

Energiegenossenschaften

Wolfgang Borchardt

Die „Energiewende“ der Bundesregierung ist nichts weiter, als eine Rolle rückwärts: von Ausstieg aus dem Ausstieg (6.9.2010) zurück zum Atomausstieg (nach Fukushima), wobei sogleich versucht wurde, das - wider Erwarten der Konzerne - zu erfolgreiche EEG auszubremsen. Doch der Erfolg wollte sich nicht so richtig einstellen: Der Zubau allein der PV-Anlagen betrug 2011 7,5 GW. In den ersten drei Quartalen 2012 betrug der Anteil aller erneuerbaren Energien 12,2% am gesamten Primärenergieverbrauch (AGEB). Da die Konzernlobby ihre Profite schwinden sieht, wird unter anderem versucht, mit der Strompreislüge¹ den Neubau von Kohlekraftwerken zu begründen.

Der Ausweg: die Energiewende selbst in die Hand nehmen:

- Stromanbieter wechseln oder
- selbst zum Stromerzeuger werden!

Immer mehr Kommunen sehen, dass sie sich selbst günstiger mit Strom versorgen können und dass die Gewinne darüber hinaus in der Region verbleiben. 2009 bis 2011 hat sich die Zahl der Energiegenossenschaften vervierfacht. Allein im Jahr 2011 wurden allein im Bereich des DGRV² 194 Energiegenossenschaften gegründet – Tendenz steigend. Damit werden Genossenschaften zum Träger einer „Energiewende von unten“. Eine Untersuchung des DGRV zeigt: „Für die Mitglieder von Energiegenossenschaften sind der Umweltschutz und der Ausbau Erneuerbarer Energien sowie die Förderung von regionaler Wertschöpfung deutlich wichtiger als die Rendite.“³

Eine der neuesten Genossenschaften ist die Rehfelde-EigenEnergie eG⁴. Sie ist hervorgegangen aus einer BI gegen CO₂-Verpressung, weil es den Mitgliedern nicht reichte, nur gegen etwas zu sein; sie wollten selbst Akzente setzen. 35 Satzungen haben sie analysiert, bevor die eigene entstand. Wichtig ist den Gründern, dass auch die Gemeinde selbst Mitglied ist und dass der sozial-ökonomische Effekt im Vordergrund steht. Ein Genossenschaftsanteil beträgt 250€. Mitglieder werden den Strom 2ct/kWh billiger bekommen, als vom Regionalanbieter. Problematisch ist, dass der Konzessionsver-

trag für das Ortsnetz, den die Gemeinde vergeben hat, noch 13 Jahre läuft. Dennoch sind die Bedingungen nicht schlecht: Unter Berücksichtigung der Fruchtfolge können alle Bauern zusammen ausreichend Biomasse für die Biogasanlage produzieren. In jedem der drei Dörfer der Gemeinde werden Nahwärmenetze gebaut, die zum Teil mit BHKWs auf Hackschnitzelbasis versorgt werden. Am Bahndamm werden zwei Solaranlagen (9ha und 10ha) errichtet und zwei Bürgerwindkraftanlagen runden das Bild ab. Im Gespräch mit den Mitgliedern der Arbeitskreises „Rehfelde-EigenEnergie“ H. Kuflewski und V. Porodjuk haben wir nach ihren Erfahrungen bei der Vorbereitung der Genossenschaft gefragt. Die Gründe, sich zu beteiligen, sind wie überall individuell unterschiedlich, aber letzten Endes überzeugt alle der wirtschaftliche Nutzen für jeden Einzelnen und die Kommune. Wichtig ist, die Gemeindevertreter einzubeziehen. So ist auch der Bürgermeister Mitglied des Arbeitskreises und fungiert als „Koppler“ zwischen dem Arbeitskreis, den Gemeindevertretern und Bürgern.

Der bundesweite Netzausbau scheitert zum Teil an den Bürgerprotesten, vor allem dort, wo Höchstspannungsleitungen oberirdisch gebaut werden sollen. Die Bundesregierung hofft, dass diese Widerstände durch das Eigeninteresse der an Bürgernetzen oder E-Genossenschaften beteiligten Bürger gebrochen oder zumindest gemindert werden. Daraus entsteht eine große Chance für Genossenschaftsgründungen, die unter Umständen ebenso, wie das EEG eine Eigendynamik entfalten könnten. Doch liegt in dem möglichen Erfolgsmo- dell auch eine Gefahr: dass die Stromkonzerne den Mitgliedern erfolgreicher Genossenschaften ihre Anteile abkaufen. Bei vielen Stadtwerken, die in den 90-er Jahren gegründet wurden, hat diese Vorgehensweise geklappt. Dem kann mensch nur durch entsprechende Satzungsregelungen entgegnen.

¹ Siehe z.B.

<http://www.oekologische-plattform.de/?p=3220>

² Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband

³ <http://www.unendlich-viel-energie.de/de/detailansicht/article/4/energiegenossenschaften-investieren-800-millionen-euro-in-energiwende.html>

⁴ <http://www.rehfelde-eigenenergie.de/>

Ein Ökodorf in Kolumbien

Von einem Projekt, das die Welt neu erfindet

Marko Ferst

Hierzulande findet sich z.B. das Ökodorf Siebenlinden auf der Suche nach einer enkeltauglichen Lebensweise oder das Bioenergiedorf Jühnde, das sich mit Wärme und Strom selbst versorgt. In Kolumbien gibt es Gaviotas. 1971 von Paolo Lunari ins Leben gerufen, besteht der Öko-Weiler mit rund 200 Menschen nach wie vor. Doch die Bedingungen in der Llanos, einer savannenartigen Landschaft, sind denkbar schwierig. Auf dem wenig fruchtbaren, sauren Boden wachsen weder Weizen noch Hülsenfrüchte. Die Fahrwege in die 200 Kilometer entfernte Hauptstadt Bogotá sind zeitweise unpassierbar.

Jene jahrzehntelangen Konflikte zwischen Militär und Guerilla in Kolumbien überstand der Ort als waffenfreie Zone. Die FARC plakatierte schon mal über Nacht das Dorf mit ihren Flugblättern. Von der Gegenseite wurden Siedlungen, die im Verdacht standen mit der Guerilla zu sympathisieren, dem Erdboden gleichgemacht. Von Anfang an hielt Gaviotas engste Verbindungen zu Universitäten. Das UN-Entwicklungsprogramm gab zeitweise Gelder für die Modellgemeinde. Die Akteure wollten keine Lösungen aus Europa oder den USA kopieren und damit deren Probleme, sondern eigene Lösungen finden. Langlebige, wartungsarme Technik, die sich mit geringem finanziellen Aufwand einsetzen ließ, waren gefragt.

So wurden z.B. leichte Windräder entwickelt, die sich auch in den windarmen Gebieten am Äquator noch drehen und zugleich die häufigen Buschfeuer überstehen konnten. Anlagen für Solarwärme aus Gaviotas verbaute man an zahlreichen Orten in Kolumbien. Ebenso kamen effiziente Wasserpumpen, die ohne Strom und Diesel funktionieren, in zahlreichen Dörfern der Gegend zum Einsatz, manche davon sind noch heute in Betrieb. So wurden die Menschen seltener krank und konnten ihre Kühe auch über die Trockenzeit hinwegbringen. Zahlreiche größere und kleinere technische Erfindungen gehen auf das Konto der Ingenieure in Gaviotas. Es gab auch den ein oder anderen Mißerfolg zu



<http://www.centrolasgaviotas.org/Inicio.html>

verbuchen, die Krankenstation mußte wieder aufgegeben werden. Irgendwann flossen keine Fördergelder für Forschung und Entwicklung mehr. Die kleine Gemeinde mußte nach Lösungen suchen, wie das Auskommen aller Bewohner gesichert werden konnte. Geplante weitere Ableger der Siedlung kamen nicht zustande. Anfang der 1980er Jahre hatte Gaviotas begonnen, karibische Kiefern zu pflanzen. Das Harz dieser Bäume, selbst verarbeitet, wurde zur neuen Einkommensquelle und rettete die Existenz des Dorfes. Inzwischen wurden viele hunderttausend Bäume gesetzt, in dessen Unterholz sich tropische Gewächse angesiedelt haben. Das lokale Klima veränderte sich dadurch. Afrikanische Palmölbäume liefern etwas Biodiesel. Mineralwasser wird abgefüllt und verkauft. Gaviotas, der spanische Ausdruck für Möven, jenes Dorf fand immer wieder Wege, sich selbst zu erhalten. Alan Weisman zeichnete in seinem gleichnamigen Buch, die Geschichte dieses ungewöhnlichen Projekts von den Gründertagen bis heute nach. Dank seines überaus interessanten Bestsellers „Die Welt ohne uns“ wurde jetzt auch „Gaviotas“ ins Deutsche übertragen. Einen plastischen Eindruck kann man durch zahlreiche Fotos gewinnen, die auf der Webseite des sozial-ökologischen Projektes zu finden sind.

<http://www.centrolasgaviotas.org/Galeria.html>

Alan Weisman: Gaviotas. Ein Dorf erfindet die Welt neu, Piper Verlag, 2012, 384 Seiten, 19,99€

Bedrohte Natur Irans

Bericht einer Reise nach Iran aus einer ökologischen Perspektive

Ercan Ayboga

Nach einem langen Anlauf und mehreren Versuchen schaffte ich es schließlich doch, in das Staatsgebiet der Islamischen Republik Iran einzureisen. Es kam mir seit Sommer 2011 immer wieder was in die Quere. Über den Grenzübergang Esendere/Sero gelang ich aus Nord (Türkisch)-Kurdistan nach Urmije, die Stadt, in der KurdInnen und Aserbaid-schaner (Azeris) gemeinsam leben. Während der ca. 50 km langen Strecke ging es aus dem Zagros-Gebirge langsam aber stetig bergab, immer wieder durch Dörfer und kleine Ortschaften, die von kahlen Bergen umsäumt sind. Berge, die mit Wäldern wunderschön aussehen würden.

Das Fehlen von Wäldern in vielen Teilen Irans fiel mir hier schon auf. Es störte mich sehr, dass eine große vegetative Bedeckung in vielen Gebieten fehlte. Woher das kam? Aus gleichen Gründen wie in Nord-Kurdistan?

Doch es gab etwas Akuteres in dieser Region:

Kurz vor der Stadt Urmije beginnt eine bis an den Urmije See reichende Ebene von meistens 5 bis 40 km Breite, die sich um den See erstreckt. Während auf der westlichen Ebenenseite des Sees auch KurdInnen leben, sind es auf der Nord-, Süd- und vor allem Ostseite insbesondere Azeris. Der Urmije See ist in vieler Hinsicht bedeutend für den Iran. Zum einen ist er der größte See mit einer (bis vor kurzem) intakten Ökologie und einer der wichtigsten Symbole für diesen Staat Iran. Auch ist er die Einkommensquelle für tausende Menschen, die von der Landwirtschaft um den See leben, sei es Tourismus oder Landwirtschaft.

Doch der abflusslose Urmije See stirbt aus, jedes Jahr ein bisschen mehr... Er trocknet aus, weil die 13 Zuflüsse deutlich weniger Wasser führen. Dies nicht, weil es einfach nicht mehr regnet, sondern weil der Staat seit vielen Jahren auf diesen Flüssen Staudämme (bis heute 39) zur Bewässerung baut. Das abgezweigte Wasser wird für die systematische Bewässerung vieler zehntausender Hektar Land eingesetzt. Wasser, das dem 140 km langen und durchschnittlich 40 km breiten Urmije See fehlt. Zusätzlich kommt hinzu, dass eine über die

Mitte des Sees in ost-westlicher Richtung gebaute Brücke des Austausch des Wassers verhindert. Auf der bin ich 8 Tage später auf der Rückreise in die Republik Türkei gefahren. Es ist mehr als nur ein dramatischer Blick auf den See selbst gewesen. Kilometerlang blendend weiße Salzflächen, auf die der Mensch kaum während der Mittagszeit schauen kann.

Die Austrocknung des größten Salzsees im Mittleren Osten führt seit zwei-drei Jahren zu großen Debatten und Protesten im Iran, wie sie bis heute wegen einer ökologischen Katastrophe nicht zu sehen war. Demonstrationen von Menschen in Urmije und Täbriz wurden im Sommer 2011 niedergeschossen und hunderte Menschen festgenommen. 2012 wurden sogar protestierende Kinder mit Peitschenhieben bestraft. Die Regierung bestreitet, dass die Austrocknung durch ihre Politik verursacht ist. Sie verweist auf den geringeren Niederschlag, was in begrenztem Maße stimmt. Aber etwa 10-15 % weniger Niederschlag kann nicht so einer dramatischen Austrocknung führen. Der See hat mehr als die Hälfte der Oberfläche und des Volumens verloren, was zu einem Anstieg des Salzgehalts geführt hat. Einige Regierungsvertreter haben sogar behauptet, dass der Westen durch verschiedene Maßnahmen die vom Westen kommenden Tiefs über die Türkei abregnen ließ. Das ist nicht haltbar, ja sogar lächerlich, auch weil in der Türkei und insbesondere in Türkisch-Kurdistan der Niederschlag auch um ca 8 % abgenommen hat. Als Lösung präsentiert die Regierung Irans etwas Wahnsinniges! Und zwar soll vom Grenzfluss Aras Wasser in den Urmije See regelmäßig umgeleitet werden. Doch dies ist nichts anderes, als eine Verlagerung des Problems und zwar in die Unterstromgebiete des Aras, welche im Staatsgebiet Aserbaid-schans liegen. Hier würden Landwirte entlang des Aras-Flusses leiden.

Das Problem kann sozial und ökologisch nur durch die radikale Rücknahme der Bewässerung großer Flächen durch die Stauseen oder gar am besten durch den Rückbau der Staudämme realisiert wer-

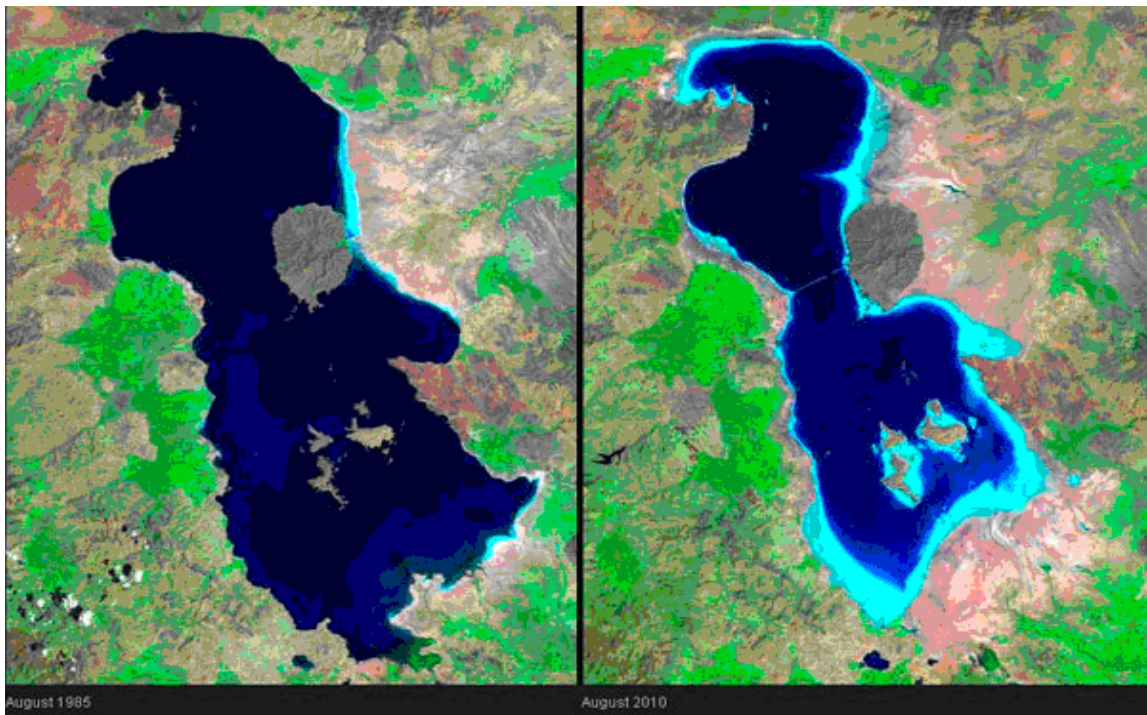


Abbildung 1: Hier ist zu sehen, wie der Urmia See zwischen 1985 und 2010 geschrumpft. Jetzt sollen die beiden großen Inseln im Süden einen Anschluss an das Land haben

Quelle: Cenesta, Iran

den. Leider scheint das in den nächsten Jahren mit diesem undemokratischen Regime Irans kaum möglich, denn es versucht, jede Art von Diskussion zu unterbinden. Überhaupt wird im Iran selbst über ökologische Probleme oder Infrastrukturprojekte absolut nicht kritisch geredet.

Als ich am nächsten Tag einen Öko-Aktivisten auf dem Busbahnhof von Urmia treffen wollte, um an einige kritische Stellen des Sees zu fahren, wartete ich vergeblich. Denn der Aktivist wurde eine Stunde zuvor von der Polizei festgenommen. Wie ich später erfuhr, weil er kurz nach dem Erdbeben 300 km weiter östlich in der Nähe von Täbriz, bei dem offiziellen Angaben zufolge 300 Menschen starben, bei den Rettungsarbeiten zu helfen versuchte. Das Management des iranischen Staates ist nach solchen Situationen katastrophal, doch läßt er niemanden anderen helfen. Er hat Angst, oder was auch immer, dass seine Unfähigkeit ans Tageslicht kommt. Offiziell wird angegeben, dass Kriminelle solche Situationen ausnützen würden. Erst nach einem Monat ist der Aktivist freigekommen, wie ich später erfuhr.

Nach dem Urmia See kam ich im kurdischen Mahabad an; der Stadt, in der die 11 Monate existierende

„Kurdische Republik von Mahabad“ 1946 ausgerufen und gelebt wurde, doch nach dem Abzug der UdSSR-Armee aus dem Iran durch Schahs Truppen zerschlagen wurde. Auch hier haben die nahen umliegenden Berge keine Wälder. Da wurde ich unruhig und wollte Orte derjenigen Wälder wissen, die ich im Fernsehen einige Mal sah. Ich wurde auf die irakische Grenzregion verwiesen. Dort gebe es große und natürliche Wälder.

So fuhren wir am nächsten Tag in die Grenzstadt Piranshahr. Doch auch hier wurde ich enttäuscht. Ich sah nur sehr wenige Waldstücke in Richtung irakische Grenze. Auch hier war fast alles an großer Vegetation weg. Es waren ausschließlich Buchen sehen, dabei vorwiegend Steinbuchen. Von Piranshahr fuhren wir über eine Bergkette zurück nach Mahabad, also einen anderen und schwierigeren Weg. Ebenfalls vergebens.

Als ich dann bei den Menschen genauer nach dem Grund fragte, bekam ich nur unklare Antworten. Selbst die älteren Menschen erinnern sich nicht, dass es vor 40-50 Jahren wesentlich mehr Wald gab. Der Grund für das Verschwinden der Wälder muss der gleiche wie in Nord-Kurdistan sein:

Im 20. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung auch

in Iranisch-Kurdistan immer schneller an, was zwangsläufig zu mehr Bedarf an Heizmaterial führte. Da die Winter kalt sind und es in den meisten Gebieten schneit, es kaum Kohle gab, das Erdgas vom iranischen Staat exportiert wurde und der Staat sonst keine anderen Alternativen anbot, kam es unausweichlich zum systematischen Abholzen ganzer Wälder. Der Staat beförderte es und ließ zu, dass sogar die bestehenden schwachen Gesetze gebrochen wurden, d.h. illegal abgeholzt wurde. Die Wälder wurden nicht wirklich geschützt und gibt bis heute keine großen Aufforstungsprojekte. Die bestehenden Aufforstungsprojekte folgen keinem Konzept und langer Planung, sind kleinräumig und es werden oft Baumarten (vor allem Nadelbäume) angepflanzt, die nicht in diese Ökosysteme gehören.

Nur in sehr wenigen Gebieten dieser Geographie ist es so, dass sich der Wald in einem natürlichen Prozess wieder erholt. Denn es handelt sich um halbtrockene Gebiete, die nicht das nötige Potential dazu haben. Wenn der Wald einmal weg ist, ist er für immer weg. Genau das muss auch hier passiert sein.

Später erfuhr ich von anderen FreundInnen, dass die Gegend um Merivan und Serdesht große Wälder hätte. Dorthin fuhr ich jedoch nicht.

Ich machte mich weiter nach Kermanshah, wieder gab es unterwegs nur vereinzelte kleine Waldstückchen. Die Landschaften sind wie um Mahabad, Piranshahr, Sine (Sanandej) bergig mit immer wieder zu sehenden kleinen Ebenen. Große Ebenen wie um Amed, Riha oder Hewler sind in Ostkurdistan nicht vorzufinden.

In Kermanshah, der größten Stadt Iranisch-Kurdistans (und siebtgrößte Irans), wurde mir erst bewußt, wie schlecht die Luftqualität in den Städten Irans ist. In keiner Stadt der Welt habe ich so eine schlechte Luft eingeatmet wie hier. Als ich einige Tage später in Teheran eintraf, verschlimmerte sich die Luftqualität nochmal um das Doppelte. Zeitweise war es kaum auszuhalten. Ich fühlte mich so schlecht, dass ich sofort die Stadt verlassen wollte. Die miserable Qualität ist natürlich durch die Abgase des motorisierten Individualverkehrs verursacht. Überall in den Städten sind Autos zu sehen. Überproportional viele bewegen sich mit PKWs in

der Stadt und zwischen den Städten. Das liegt vorrangig an vier Gründen:

- Das Benzin ist mit 33 Eurocent günstig, selbst für Menschen des Staats Iran.
- Die Strassen sind so angelegt, dass der Mensch jeden Ort mit PKWs problemlos erreichen kann (z.B. sah ich überhaupt keine Fußgängerzonen)
- Falsches und verbotenes Parken wird nicht bestraft
- Die PKWs sind günstig, so kostet der „Paykan“ nur 4000 US Dollar. Im Gegenzug ist der öffentliche Nahverkehr innerhalb einer Stadt schwach ausgebaut. Nur in Teheran habe ich für den innerstädtischen Verkehr die neue Metro benutzt, sonst immer mit PKWs von FreundInnen unterwegs gewesen.

Die Regierung hat in Teheran Einschränkungen eingeführt (abwechselnd dürfen PKWs mit geraden und ungeraden Kennzeichennummern in das Stadtzentrum fahren) und die Metro wird ausgebaut. Doch diese helfen in geringem Maße und kurzfristig aus, ändern aber nichts an der Grundtendenz. In den anderen Großstädten nimmt der Verkehrshorror immer dramatischere Ausmaße an.

Weiter geht's von Kermanshah nach Xorramabad, der Hauptstadt Luristans, einer Provinz, die an Kermanshah im Süden anschließt. Endlich unterwegs sehe ich Wälder und zwar weitverbreitet!!! Sie sehen genauso aus, wie in Dersim, der Heimatprovinz meiner Eltern. Die gleiche Baumart (Steineiche) ist es, wunderschön! Ich hatte es mehrmals gelesen, aber hier wird es mir bewusst, dass sich das Klima und die Vegetation von der Region um Dersim/Sivas bis nach Luristan nahe stehen. Der Mensch könnte irgendwo in der Landschaft Luristans stehen und meinen, er wäre in einem der Wälder Nord-Kurdistans. Nach der Bewunderung versuche ich zu verstehen, warum die Wälder hier stehen.

Ich erfahre, dass diese Provinz relativ dünn besiedelt ist und fast 25% der 3 Mio. Einwohner Luristans in Xorramabad leben. Ob das nur damit zu tun hat, dass wenige Menschen hier leben? Denn mehr Niederschlag als um Mahabad oder Piranshahr findet hier auch nicht statt. Auch wenn ich mir das nicht zufriedenstellend erklären kann, freue ich mich über die großen Wälder Luristans.

Gedicht

Von dort kippt alles

Marko Ferst

Türkis und Blau
der Fluß strömt
in Gletschermassive geschnitten
ein Grand-Canyon in Weiß
wo der andauernde polare Tag
jegliches Sternlicht löscht
selten grüßen Sonnenhunde

Grönland aus dem All
ein Blick auf immer mehr Seen
sie sammeln sich an
und schwinden in Stunden
hinab in tiefe Eisschächte
dringen in den Untergrund
zeugen reibungslose Flächen
tonnenschwerer Gletscherschutt
Kolosse kalben ins Meer
das wärmere Wasser
zieht an die Ungetüme
immer schneller

Nur hoch im Norden
verblieb eisiges Grönlandmassiv
die letzte Warmzeit
als Flußpferde badeten im Rhein
es sackte der Eispanzer
in immer tiefere Lagen
beginnt das gigantische Tauen
fünf, sechs Meter
hob sich alles Wasser
auf dem lebendigen Planeten

Der weiße Meereskontinent
die Forscher irrten
Jahrzehnte schneller als vorhergesagt
brennt sich ozeanschwarz
die Sommerschmelze voran
frei liegt die Wrangelinsel
rasant schwanden die Iglus
aus deren Höhlenrund
kleine Eisbärenköpfe lugen
und nichts mehr trägt
für die Jagd

2/2010, 9/2011

Die Natur schlägt zurück. Antibiotikamissbrauch

Rezension von Götz Brandt

Der Autor ist Insider. Er arbeitete in der Region mit der größten Tierdichte Europas als Tierarzt. Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Die Haltungsbedingungen in der industriellen Tierhaltung bei Schweinen, Masthühnern und Puten sowie den Einsatz von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung und ihre Auswirkung auf die Resistenz von Viren und Bakterien gegen diese Medikamente.

Die Gewinnmaximierung auf Kosten der Tiere wird anhand von Fakten aus der Haltungspraxis bewiesen. Eine artgerechte Haltung ist bei den erreichten Tierkonzentrationen und der Platzdichte in der Tierhaltung nicht möglich, im Widerspruch zum Tierschutz. Die technischen Ausrüstungen der Ställe haben die Minimierung der Haltungskosten zum Ziel. An einem ungewöhnlich heißen Wochenende verendeten z. B. in der Region Weser-Ems etwa 1 Mio. Stück Geflügel. flügel, denn die Kühlung der Ställe war nicht möglich.

Bedingt durch die hohe Tierkonzentrationen, die beengten Platzverhältnisse und die einseitigen Leistungsziele in der Züchtung sind Krankheiten vorprogrammiert. Es werden und können nicht mehr einzelne kranke Tiere behandelt werden, sondern es wird gleich der ganze Bestand mit Antibiotika im Futter oder Tränkwasser versorgt. Bei den krankmachenden Keimen bilden sich Resistenzen gegen die Medikamente, sodass z. B. bei Staphylokokken bis zu 89 % Resistenz gegenüber bestimmten Antibiotika erreicht wurde. Resistente Keime werden über das Schweinefleisch und das Stallpersonal sowie über die ausgebrachte Gülle, den Abluftstaub und über Kläranlagen auf Menschen übertragen. In ihrem Immunsystem geschwächte Menschen sind besonders gefährdet. Jährlich erkranken bis zu 40.000 Patienten während ihres Aufenthalts in Krankenhäusern durch eine Infektion an Sepsis, Pneumonien, Harnwegsinfekten und Wundinfektionen. Sind die infektiösen Keime



multiresistent gegen Antibiotika, dann gibt es kaum noch Rettung. Das trifft auch in der Veterinärmedizin zu, wo Antibiotika immer häufiger versagen. Die Mortalitätsraten nehmen zu.

Der Autor stellt fest: „Es gibt keinen Erkenntnis-mangel, es gibt ein Handlungsdefizit“, und das sowohl bei den staatlichen Organen als auch bei den Tierärzten und vor allem bei den Tierhaltern. Die Auswirkungen auf die Menschen sind absehbar und führen zu immer häufigeren und schwerwiegenderen Infektionen, gegen die kein Antibiotika-Kraut mehr gewachsen ist.

Hermann Focke: Die Natur schlägt zurück. Antibiotikamissbrauch in der intensiven Nutztierhaltung und Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt. ISBN 978-3-86805-766-9 1. Aufl. 2010 Business GmbH, www.book-on-demand.de

Grüner Sozialismus

Rezension von Götz Brandt

In Heft 3/12 der Reihe „Luxemburg“ der RLS-Stiftung haben sich 36 Autoren aus 10 Ländern zu Wort gemeldet, um ihre Ansichten zum Projekt „Grüner Sozialismus“ darzulegen. Eine Rezension der einzelnen Beiträge würde den Rahmen der „Bücherecke“ der Tarantel sprengen, sodass hier der Versuch gewagt wird, eine Quintessenz aller Beiträge zu ziehen. Letztlich erwarten wir vor allem neue Anregungen für unsere ökologische Arbeit. Wer sich ausführlich informieren will, muss die 154-seitige Broschüre zur Hand nehmen.

Zur Begriffsklärung: Der Begriff „Grüner Sozialismus“ kommt im Parteiprogramm nicht vor. Dort wird vom „Sozial-ökologischen Umbau“ gesprochen. Abgesehen von dogmenhistorischen Erläuterungen zur Begriffswelt fanden die Autoren folgende synonyme Begriffe: „Radikale sozialökologische Transformation“, „Sozialistische Naturverhältnisse“, „Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse“, „Postfossiler Sozialismus“ und nicht zuletzt „Ökosozialismus“. Der Begriff „Transformation“ wird auch von den Apologeten des Kapitals genutzt. Alle genannten Begriffe werden von den Autoren im Zusammenhang mit der Überwindung und Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft verwendet.

Gegensätzliche Begriffe, die einen ökologischen Wandel des Kapitalismus vortäuschen sollen, werden von den kapitalhörigen Parteien von den GRÜNEN bis hin zur FDP verwendet: „Green Economy“, „Green New Deal“, „Grüne Ökonomie“, „Grünes Wachstum“, „Grüner Kapitalismus“. Mit diesen Begriffen soll ein ökologischer Wandel unter kapitalistischem Vorzeichen suggeriert werden. Die Notwendigkeit der Abkehr von der fossilen Industrialisierung und ihrer stofflich-energetischen Basis begreifen auch Kapitalisten, aber das soll langsam gehen, um das fossile Fixkapital möglichst lange verwerten zu können. Privatkapitalistische technische Lösungen, vor allem großtechnische Projekte, wie z. B. Desertec, Offshore-Windparks, Supergrid-Netze für den Stromexport sollen einen grünen Wandel bei den Konzernen bewirken. Die Linken sind sich darüber im Klaren, dass es einen

ökologischen Wandel im Kapitalismus nicht geben wird. Profitinteressen, Konkurrenzkampf und Wirtschaftswachstum sind eine unüberwindliche Schranke.

Wie soll nun der „Grüne Sozialismus aussehen? Welche Attribute soll er haben? Hier eine stichwortartige, nicht gewichtete Auswahl der Aussagen der Autoren: Lösung der Macht- und Eigentumsfrage, Umverteilung von Macht und Vermögen, soziale Gerechtigkeit und gerechte Übergänge vom kapitalistischen zum grünen sozialistischen System, Ausbau der direkten Demokratie, dezentrale demokratische Räte (mehr als die klassische betriebliche Mitbestimmung), demokratische Steuerung und Planung der Wirtschaftsprozesse und der Gesellschaft, keine Profitdominanz, kein Wachstumszwang, sondern qualitatives Wachstum, Energiedemokratie, Öko-Gemeinschaften auf genossenschaftlicher Basis, Reichtum für alle, aber weniger Konsum, internationale Solidarität und globale Kooperation, allgemeine Bedarfsdeckung im Einklang mit der Natur, demokratische Nutzung von Gemeingütern und ihrer Reproduktion, solidarische Mobilität, Ernährungssouveränität, nichtkapitalistische Stadtentwicklung, transparente Forschung und Technologieentwicklung. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden insgesamt demokratisch von den Menschen bestimmt und kollektiv gestaltet. Soweit eine Auswahl der gestellten Forderungen, die in der Regel nicht mit konkreten Vorschlägen untersetzt wurden.

Welche Probleme werden bei dem Umgestaltungsprozess gesehen? Hier eine Auswahl. Bereits im Editorial wird festgestellt, dass sich die Vorstellungswelt der Sozialisten verändern muss, wenn ökologische Fragen einbezogen werden. Eine postkapitalistische Ökologie ist ohne radikal anderen, demokratischen und grünen Sozialismus nicht zu haben. Wenn sich DIE LINKE grünen Sozialismus auf die Fahnen schreibt, muss sie sich erst mal selbst verändern. Insbesondere muss Abschied von der Wachstumsbefürwortung genommen werden, ob nun quantitatives oder qualitatives Wachstum betrifft. Wachstum im Kapitalismus lässt sich

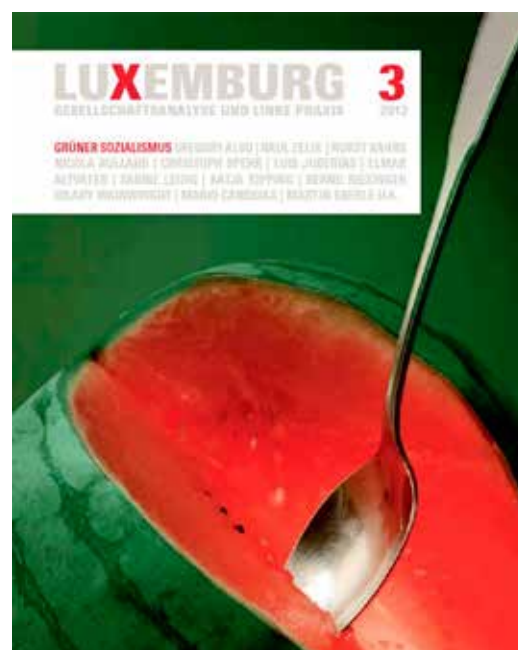
nun mal nicht von steigenden Ressourcendurchsätzen abkoppeln. Ein zukunftsfähiges Gesamtbild sozialistischer Naturverhältnisse fehlt aber bisher und eine Theorie des grünen Sozialismus muss erst noch erarbeitet werden. Der bisherige „reale“ Sozialismus hat kein eigenes Entwicklungsmodell hervorgebracht, sondern den Kapitalismus kopiert und dabei ebenfalls Naturzerstörung in Kauf genommen. Es ging dabei um eine nachholende Industrialisierung der sozialistischen Länder.

Ein Problem ist, wer über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind, zukünftig entscheiden soll. Der Markt hat jedenfalls bei der Lösung dieser Frage versagt. Eine ökologische Regulierung des Kapitalismus ist nur als Folge politischer Kämpfe denkbar. Wir müssen bereits jetzt Transformationsprojekte innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse auf den Weg bringen. Wichtig sind Projekte, die im Kapitalismus zeigen, was eine sozialistische Art ist, die Probleme zu lösen. Deshalb müssen strategische Fragen mehr mit den Tagesfragen verbunden werden. Es gibt bisher zu wenig linke Projekte.

Ein weiteres von vielen Autoren angesprochenes Problem ist der Ausbau kollektiver kostengünstiger, perspektivisch kostenloser, öffentlicher Leistungen. Im grünen Sozialismus müssen die Infrastrukturen rekommunalisiert sein.

Weiterhin wird eine alternative Produktion gefordert, um Ressourcen zu sparen. Die Maximen werden sein: Reparieren statt wegwerfen, Integrieren statt Fahren, Wissen teilen statt Güter zu transportieren, Produzieren statt Konsumieren, Verbrauch verringern, Wegwerfen unterbinden, Qualifikation fördern, Freiräume organisieren, Gleichheit schaffen, Informationseigentum bekämpfen.

Ein gerechter Übergang vom Kapitalismus zum grünen Sozialismus muss Probleme der demokratischen Partizipation des Einzelnen, die Reduzierung von Ungleichheiten bei Einkommen und anderen Lebensbereichen und die Reduzierung der Armut lösen. Die ökologische Frage ist jedenfalls eng mit der sozialen Frage verbunden. Eine ökologische Wende zum Vorteil aller gibt es nur mit sozialer Gleichheit. Soziale Gleichheit in den Betrieben kann am besten in Genossenschaften florieren.



Eine Deglobalisierung und Dezentralisierung sollte über regionale, demokratische Räte organisiert werden. Das „Lokale“ muss zukünftig privilegiert werden. Es muss ein Planungsmechanismus geschaffen werden, um die lokalen Standorte einer umweltverträglichen genossenschaftlichen Produktion zu vernetzen, um den Ressourcenverbrauch und Bedarf zu koordinieren, zu steuern und zu minimieren. Dabei muss beachtet werden, dass die lokalen sozialökologischen Bemühungen nicht von den globalen politischen Projekten abgekoppelt werden, die auf die Überwindung des Kapitalismus auf Weltebene zielen.

Das thematische Heft der RL-Stiftung bringt zahlreiche allgemein gehaltene theoretische Zielstellungen, die im Grunde genommen bereits in bisherigen Veröffentlichungen verstreut ähnlich, genauso oder sogar präziser formuliert wurden. Verdienstvoll ist die internationale Gesamtschau zum Problem, die den gegenwärtigen Diskussionsstand widerspiegelt. Wer eine Anleitung zum Handeln an der Basis erwartet, sieht sich getäuscht. Das wird auch von vielen Autoren als Mangel gesehen. Theoretische Erörterungen allein helfen nicht weiter, ein nächstes Heft sollte sich der praktischen Politik beim Übergang zum Grünen Sozialismus widmen.

Grüner Sozialismus.

Luxemburg, Heft 3/2012, VSA: Verlag Hamburg, ISBN 978-3-89965-862-0, 10 €

2052 - Eine globale Prognose

Der neue Bericht an den Club of Rome von Jørgen Randers

Anmerkung der Redaktion:

Götz Brandt hat sich der Mühe unterzogen und die 432 Seiten gründlich durchgearbeitet.

Im Ergebnis ist eine 5-seitige Rezension entstanden, die für unsere Bücherecke leider etwas zu lang ist. Wir haben sie daher in voller Länge auf unsere Internetseite gestellt

<http://www.oekologische-plattform.de/?p=3174> und veröffentlichen hier einen gekürzten Teil der“

Rezension Götz Brandt

Randers hat für die Erarbeitung seines Berichtes 41 Fachleute herangezogen, die zu einzelnen Themen ihren Beitrag geleistet haben. Er kommentiert die Sichten der Mitarbeiter durchweg positiv und steuert Schlussfolgerungen und eine Zusammenfassung bei. Im Folgenden sind die Auffassungen der Mitarbeiter nicht gesondert ausgewiesen, sondern als einheitliche Aussage des Berichts gewertet worden. Es geht in diesem Buch um keine wissenschaftliche Prognose, sondern um eine „wohl begründete Vermutung“. Eine Vorausschau über 40 Jahre ist eben ein schwieriges Unterfangen.

„Heute wissen wir aber, was in den letzten 40 Jahren von 1972 bis 2012 getan wurde und was nicht“, seitdem der Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 erschienen war. Es wurde sehr wenig getan und die Forderungen des Clubs of Rome von 1972 wurden nicht erfüllt. Randers stellt fest, dass in der westlichen Welt das Paradigma des stetigen, auf fossilen Brennstoffen basierten Wachstum nach wie vor dominiert und die Ratschläge aus dem Jahr 1972 nicht beachtet wurden.

Nach Meinung des Autors besteht wenig Hoffnung, dass das Wahlvolk, die Regierungen und die Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten vom Wachstumskurs ablassen. Das kurzfristige Denken im Rahmen der Wahlperiode oder des Quartalgewinns macht eine Kurskorrektur unmöglich. Der unkontrollierte Kapitalismus, der nur das Ziel der schnellen Rendite hat, führe zur Konzentration des Reichtums in immer wenigen Händen, die Armen würden immer ärmer und zahlreicher, die Hungernen immer mehr. Diese Prognose stellt Randers in

Kenntnis der Wirkungsweise des Kapitalismus. Erst nach 2052 könnte es kritische Situationen geben und uns erwartet dann ein „gesteuerter Niedergang“ oder gar ein „Zusammenbruch“. Damit befindet sich Randers im Widerspruch zu anderen Wissenschaftlern, die schon viel früher Katastrophen auf uns zukommen sehen. Randers ist sich aber seiner Prognose sicher, denn „es erfüllt mich aufrichtig mit großer Freude, dass der Weltuntergang nicht zu meinen Lebzeiten passieren wird“. Was aus seinen Enkeln wird, scheint Randers nicht sonderlich zu interessieren.

...

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass Randers mit dem Kapitalismus nicht einmal einen Green New Deal für möglich hält und ein Weiterbestehen der herrschenden Verhältnisse mit einem „hellgrünen“ Kapitalismus für die wahrscheinlichen Zukunftsverhältnisse einschätzt. Dass sich bei dieser Prognose die Widersprüche im kapitalistischen System zuspitzen werden, ist den Autoren nicht entgangen. Dass wir mit dem System der Profitwirtschaft und dem globalisierten freien Markt bestenfalls einem „Niedergang“ und schlimmstenfalls einem „Zusammenbruch“ entgegengehen, ist immanenter Bestandteil der Studie. Die von Lovelock in seinem Buch „Gaias Rache“ beschriebene Heißzeit über die nächsten 100.000 Jahre mit dem Untergang großer Teile der Menschheit und der weitgehenden Unbewohnbarkeit der Erde wird dann Realität.

Politisch ist diese Prognose als verschärfter „Plan A“ als kapitalhörig zu bewerten und die Autoren sind sich offenbar bewusst, dass diese neue Prognose des Clubs of Rome bei den Unternehmern genauso wenig Beachtung finden wird wie die Prognose in den „Grenzen des Wachstums“ von 1972. Die LINKEN sehen im roten Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau, dem „Plan B“, die privatwirtschaftlichen Interessen der Kapitalfraktion und des Finanzmarktes als Haupthindernis für einen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft. Im Unterschied zu Randers glauben die LINKEN aber, dass auf dem

Wege der Demokratie eine Änderung dieser Verhältnisse in den nächsten 40 Jahren möglich und notwendig ist. Für alle fortschrittlichen, antikapitalistischen und ökologischen Kräfte ist dieses Buch ein Signal, den Kampf zur Rettung unserer Erde wesentlich zu verstärken.

2052 Der neue Bericht an den Club of Rome von Jørgen Randers. 2012
ISBN 978-3-86581-398-5, 24,95 €, www.oekom.de

Weitere Bücher aus dem oekom-Verlag zur Gesellschaftsprognose:

Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt.
 Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt.
 Hans Diefenbacher und Roland Zieschank. 12,95 €

Wohlstand ohne Wachstum.
 Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt.
 Tim Jackson. 19,95 €

Ende einer Illusion.

Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann.
 Armin Grunwald. 9,95 €

Megatrend Umweltinnovation.

Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat.
 Martin Länicke. 24,95 €

Was mehr wird, wenn wir teilen.

Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter.
 Elinor Ostrom. 14,95 €

Gemeinsam sind wir reich.

Wie Gemeinschaften ohne Geld Werte schaffen.
 Alexander Dill. 14,95 €

Befreiung vom Überfluss.

Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.
 Niko Paech. 14,95 €

Neue „Beiträge zur Umweltpolitik“

Wir haben zwei neue Broschüren in Der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ herausgegeben.

Sozial-ökologischer Umbau - sofort und konkret

versucht Antworten auf die Frage: „Was können wir selbst und was kann DIE LINKE bereits jetzt konkret tun, um den sozial-ökologischen Umbau in die Wege zu leiten?“

Die Vorschläge sprechen sehr unterschiedliche Akteure an und sind zum Teil auch spekulativ. Anliegen ist es, die einleitenden Sätze des Vorwortes:

„Manche Linke betrachten den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft als Ziel, das womöglich erst im Demokratischen Sozialismus erreicht werden kann.

Diese Annahme hat etwas für sich, da inzwischen viele Menschen, nicht nur Linke, dem kapitalistischen System keine Chance mehr geben, die anstehenden Weltprobleme zu lösen und dies nur einer neuen, gerechteren Gesellschaft zutrauen.“

zu widerlegen, Schritte zum sozial-ökologischen Umbau im Hier und Jetzt aufzudecken und anzuregen, weitere Möglichkeiten zu erschließen. Das ist dringend notwendig; inzwischen mehren sich die Befürchtungen, dass der 2^o-Kompromiss

zwischen Stabilisierung des Klimas und dafür erforderlicher Zeit nicht eingehalten werden kann.

Beiträge zur Umweltpolitik Heft 1 /2013

Sozial-ökologischer Umbau - sofort und konkret
 Wolfgang Borchardt und Götz Brandt
 58 Seiten, mit 5 S. Quellenverzeichnis, Abkürzungsverzeichnis



„Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe

Möglichen Folgen widmet sich die andere Broschüre **„Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe**, in der der Frage nachgegangen wird, was uns erwartet, wenn wir **so weiter machen, wie bisher**. Nach einer nüchternen Analyse der drohenden Katastrophen (Klimakatastrophe, Überbevölkerung und Hunger, Ressourcenknappheit, Verlust der Biodiversität, Vergiftung der Umwelt, Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems) wird ihre Wechselwirkung im Zeitablauf untersucht. Dem schließt sich eine Begriffsklärung von „Wohlstand“ an, gefolgt von einem Ausblick des in Zukunft wahrscheinlich noch möglichen materiellen Wohlstandes – der mit dem heutigen nur sehr eingeschränkt zu vergleichen sein wird. Es wird nach Auswegen gesucht in technischen Entwicklungen und in einem möglichen Mentalitätswechsel. Für den Staat stellt sich bei sinkenden (materiellen) die Frage: „Anpassung oder Chaos“:

„Eine Vertrauenskrise in das Establishment und die Eliten führt in die Instabilität des Staates.“

Damit rücken die zu befriedigenden Grundbedürfnisse in den Focus und Marxsche Überlegungen

werden auf die heutigen Verhältnisse angewendet. Schlussfolgerungen für linke Politik bilden den Abschluss.

Beiträge zur Umweltpolitik Heft 2/2012

„Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe von Götz Brandt; 108 Seiten; mit 2 Tabellen, 6 Abbildungen, 18 S. Quellenverzeichnis, Abkürzungsverzeichnis



Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de
Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform **ISSN 2195-027X**

Redaktion tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 15.11.2012
Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion. Satz und Layout: Mike Wright
Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.02.2013.

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ Ökologische Plattform

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de

Manfred Wolf, 030 24 11 127, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hageneruwe@googlemail.com

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss),

Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax

030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax

030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz),

030 227-72138, sabine.stueber@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

marianne-selke@t-online.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel.

030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerstr. 7 14482 Potsdam 01520 2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de (ÖPF Hessen)

hajo.zeller@web.de

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz

1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,

19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com

Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de

Kurt Herzog (MdL, Umwelt), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

ralfhenrichs@gmx.de

Michael Aggelidis, MdL, Energie- und Technologiepolitik, michael.aggelidis@landtag.nrw.de

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Agrarpolitik;

hamide.akbayir@landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-Josef-Röder-

Straße 7, 66119 Saarbrücken,

dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de

an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.

0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Linde-

nau-Platz 1, 01067 Dresden,

jana.pinka@slt.sachsen.de

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhard-von-Linde-

nau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,

Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9,

39104 Magdeburg, angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (MdL, Agrarpolitik und regionale Entwick-

lung, ÖPF Thüringen), Abgeordnetenbüro und Kampagnenbüro für Agrarpo-

litik und regionale Entwicklung, Straße der Einheit 28 a, 37318 Uder. Tel:

036083 530397 johanna@scheringer.de

Maik Eisfeld: (ÖPF Thüringen) maik_eisfeld65@yahoo.de

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues

Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de,

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee

230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltverzeichnis

Editorial	2
In eigener Sache	4
Autorenangaben	4
Plan-B-Konferenz	
Aus der KoRat- Beratung	5
Arbeitsgruppe Industrie	6
Agrar-Workshop	6
Aus den Ländern	
Die seltsame Energiewendelogik des Herrn Hattaka	7
Kein Wald den Spekulanten	10
ATTAC Tourismuskonzept - sozial und ökologisch	11
Schwerpunktthema: Energiewende	
Netzausbau für das 23. Jahrhundert?	13
Pufferspeicher für Solarstromanlagen – eine energietechnische Notwendigkeit	17
Energiegenossenschaften	19
Ein Ökodorf in Kolumbien	20
International	
Bedrohte Natur Irans	21
Gedicht	24
Bücherecke	
Die Natur schlägt zurück. Antibiotikamißbrauch	25
Grüner Sozialismus	26
2052 - Eine globale Prognose.	
Der neue Bericht an den Club of Rome von Jørgen Randers	28
Neue „Beiträge zur Umweltpolitik“	
Sozial-ökologischer Umbau - sofort und konkret	29
„Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe	30
Impressum	30
Kontaktadressen	31